

Schluß gekommen, daß solche Komitees für die Arbeiter von keinerlei Vorteil sein würden, da ihr tatsächlicher Zweck nur ist, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen in ihrem Versuch, die Kontrolle der Industrie zu übernehmen . . .“ Dies Ziel kann nur erreicht werden „durch eine feste und klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung, die aufgebaut ist auf den Betrieben und organisiert ist auf industrieller Grundlage . . .“ Die Delegierten erklären, „daß der grundlegende Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eine unüberbrückbare Schranke für jegliche gemeinsame Kontrolle der Industrie bildet“ und schlagen deshalb „die Bildung einer starken und straffen, klassenbewußten Organisation in den Werkstätten“¹⁾ vor.

Ihre enge Verbindung mit den radikalen sozialistischen Parteien, der „Socialist Labour Party“, die ihre Ideen hauptsächlich der gleichnamigen amerikanischen von De Leon gegründeten Partei entnahm, und der „Communist Party“, die von Anfang an für ihre Bestrebungen eintraten, bestimmten bis zu einem gewissen Grade auch die Stellung, welche die Shop Stewards zu den linken politischen Parteien einnahmen. Man beschloß, mit ihnen Seite an Seite für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu kämpfen²⁾. Daraus ergab sich aber auch, daß man von vornherein dem von Moskau ausgehenden Ruf, eine „Rote Gewerkschaftsinternationale“ (R. G. I.) zu gründen, die in engster Verbindung mit der kommunistischen 3. Internationale stände, begeistert zustimmte. Nach einigen Verhandlungen im September 1920 wurde Tom Mann, der alte Vorkämpfer der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, in England als Delegierter für die Konferenz der R. G. I. bestimmt, die im Juli 1921 in Moskau stattfand. Er soll dort etwa 500 000 englische Gewerkschaftler vertreten haben. Wie weit dieser revolutionäre Vortrupp eine Richtungsänderung der gesamten englischen Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben wird, ist vorerst noch nicht zu übersehen³⁾.

¹⁾ Zit. „The Morning Post“. London, 13. VII. 1918.

²⁾ „The Daily Herald“ vom 30. Sept. 1920 berichtet: „In a statement issued yesterday the National Council of Shop Stewards states: ‚The National Council of the Shop Stewards and Workers Committees calls upon all shop stewards to attend the branches of their respective unions and propagate the idea of uniting the activities of the industrial and political sides of the revolutionary movement.‘“

³⁾ Vgl. Nachwort.

4. Kapitel.

Die ideelle Einheit der Bewegung.

I. Die theoretisch-philosophischen Grundlagen der Unionisten.

Zeigt sich so auf Grund der Tatsachen, daß es möglich ist, die unionistische Bewegung durchaus als etwas Einheitliches, als ein Ganzes zu betrachten, so erhebt sich nun die Frage, welches ihre ideelle Einheit, welches ihre gemeinsame Weltanschauung, ihre philosophische Grundlage ist. Denn daß dieser Bewegung irgendeine einheitliche Weltanschauung zugrunde liegt, daß ideelle Momente im weitesten Maße auf die Entschließungen und Forderungen der revolutionären gewerkschaftlichen Massen mitgewirkt haben, steht auf Grund der vorherigen Untersuchung ohne Zweifel fest. Wie es in der Geschichte des Sozialismus keine einzige Bewegung gibt, die nicht durch die Ideen eines einzelnen oder einer Gruppe Ziel und Richtung erhalten hätte, so ist es auch hier. Nicht daß wir glaubten, daß nicht auch bei den Unionisten die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren aufs stärkste bestimmend gewesen wären für die Entstehung und weitere Entwicklung ihrer Bewegung. Das zeigt ja gerade die Geschichte der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder, daß ihre Träger auf Grund ihrer tatsächlichen Erfahrung zuerst geneigt waren, aktiv zu handeln und dann erst die Theorien, die sich aus ihrem Handeln ergaben, zu formulieren suchten. Dies soll hier festgestellt werden. Aber trotzdem erhielt gerade diese Bewegung jeweils ihren letzten Anstoß doch von einzelnen Führern. Im folgenden soll es sich aber gar

nicht darum handeln, irgendeinen Kausalzusammenhang oder irgendwelche Wechselbeziehungen aufzudecken, sondern es soll nur festgestellt werden, wie weit dieser Bewegung eine einheitliche Weltanschauung zugrunde liegt, welches die charakteristischen Züge ihrer Philosophie sind und in welches der bestehenden philosophischen Systeme sie eventuell einzuordnen ist.

Die Schwierigkeit besteht hierbei darin, daß die Unionisten noch lange nicht in dem Maße über ein durchgebildetes philosophisches System verfügen wie etwa die französischen Syndikalisten¹⁾, mit denen sie ja vieles gemeinsam haben. Einmal stehen ihnen überhaupt noch nicht Männer wie Sorel und Berth zur Verfügung, die ihnen durch ihre Schriften das geistige Rüstzeug für die Begründung ihrer Forderungen gestellt hätten. Dann ist aber die Bewegung gerade in jenem Lande zuerst entstanden, dessen Arbeiterschaft weit mehr auf praktische Fragen eingestellt ist, als daß sie zu philosophischen Spekulationen neigt. In Deutschland, wo diese Neigung vorhanden wäre, ist dagegen die Bewegung noch viel zu jung, als daß sie schon irgendwelche weite Kreise der Intellektuellen erfaßt hätte, die sich ihr in Wort und Schrift zur Verfügung gestellt hätten. Ihre zahlreichen Zeitungen und Broschüren behandeln nur selten Fragen, die über die augenblickliche Tagespolitik hinausreichen. Die einzige Zeitschrift, die nur grundsätzliche Fragen erörtert²⁾, ist noch zu jung, um aus ihr schon irgend ein klares Bild zu erhalten von den geistigen Kräften, die hinter dieser Bewegung stehen. Die einzigen, die wirklich versucht haben, ihre Ziele und Bestrebungen im weitesten Maße theoretisch zu fundieren, sind die revolutionären Unionisten in England, nicht eigentlich so sehr die Unionisten selbst, als vielmehr die Gildensozialisten. Daß aber eine enge Verwandtschaft zwischen den beiden besteht, wurde oben gezeigt. Zum Teil mögen es erst die Gildensozialisten gewesen sein, welche die Ideen, die dunkel und unausgereift den

¹⁾ „Die „französische“ syndikalistische Theorie ist . . . das Produkt geistigen Schaffens und geistreicher Analyse intellektuell hochstehender Denker, denen ein hervorragendes Rüstzeug historischer und analytischer Kenntnis zur Verfügung steht. Als echte Kulturmenschen des 20. Jahrhunderts haben sie Freude an scharfsinnigen Untersuchungen . . . Ihre Theorie ist so hoch, weil sie auch hoch von dem Volke denken, für das sie schreiben.“ (Walter Gottsched, Die sozialen Grundlagen und theoretischen Grundanschauungen des französischen revolutionären Syndikalismus. Neuenstadt 1917, S. 63.)

²⁾ „Der Proletarier“ (Herausgegeben von der Allgemeinen Arbeiter-Union Berlin).

Handlungen und Entschlüssen der revolutionären Unionisten zugrunde lagen, in ein geschlossenes System gebracht haben¹⁾.

Zwei Fragen sind es, von deren Beantwortung nach Meinung der Unionisten die Lösung der gegenwärtigen Krise abhängt: wie bekommt der Arbeiter wieder Freude an der Arbeit, an dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist und damit eng zusammenhängend: wie bekommt der Arbeiter wieder Interesse an seiner eigenen Organisation? Sie stehen durchaus im Mittelpunkt ihres Denkens. Nicht etwa der Art, daß nun jeder einzelne oder auch nur die „Führer“ immer klar erkannt hätten, um was es sich denn letzten Endes bei ihren ganzen Forderungen und Bestrebungen handelt. Aber in ihren zahlreichen Broschüren und Flugschriften tauchen immer wieder — oft verdeckt und verwischt durch ganz nebensächliche Tagesforderungen — diese beiden Grundfragen der Unionisten auf. Alle ihre übrigen Forderungen: Erwecken des Selbstbewußtseins des Proletariats, Betonen des Solidaritäts- und Klassenkampfcharakters, treten durchaus hinter diesem Verlangen zurück, sind nur als Mittel zum Zweck anzusehen, wenn sie auch tatsächlich meistens im Vordergrund ihrer Erörterungen stehen werden. Erst wenn diese beiden Fragen gelöst sind, wird es möglich sein, die Arbeiter, die heute nur Werkzeuge der Produktion sind, zu dem zu machen, was sie im neuen sozialistischen Gemeinwesen sein sollen, Menschen, die imstande sind, den Produktionsprozeß technisch und wirtschaftlich zu leiten.

Das grundlegende und schwierigste Problem, wie der Arbeiter wieder Freude an der Arbeit bekommt, kann aber nur dann gelöst werden, wenn eine objektive Voraussetzung vorhanden ist, bzw. geschaffen wird. Notwendig ist zunächst einmal die Abschaffung des Lohnsystems und seine Ersetzung durch eine Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter selbst. Nicht so sehr aus dem Streben heraus, wie es noch durchgehend bei den Syndikalisten zu finden ist, daß die Arbeiter, die durch ihre Arbeit den ganzen Reichtum schaffen, auch allein das Recht auf das ganze Produkt ihrer Arbeit hätten. Der Gedanke der Einkommenverteilung tritt bei den Unionisten durchaus zurück hinter dem Gedanken, daß nur durch Selbstverwaltung der Industrie die sittlichen und geistigen Kräfte der Arbeiter frei werden können, deren die Gesellschaft zum Aufbau des neuen Gemeinwesens jetzt dringender denn je bedarf²⁾. Denn das betonen sie alle vom

¹⁾ Vgl. auch E. Schuster, a. a. O., S. 502.

²⁾ „The wage-system makes active citizenship impossible for the majority“.

radikalsten Industrial Worker bis zum gemäßigsten Gildensozialisten, daß es sich hierbei nur um ein auf demokratischer Grundlage aufgebautes Gemeinwesen handeln könne: „das Ideal der I. W. W. ist . . . in einem Wort industrielle Demokratie . . . Solch ein System wirft die Fülle der Verantwortung auf die Masse der in ihr wirkenden Menschen, d. h. auf die Arbeiter selbst“¹⁾. Immer wieder unterstreichen die Unionisten nicht so sehr den wirtschaftlichen, sondern den ethischen Gesichtspunkt, der in ihrer Forderung der Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter liegt: „Viel zu wenig bedenkt man, sogar bei den Sozialisten, und besonders bei den Marxisten, daß die ganze Frage der Kontrolle der Industrie nicht wirtschaftlich, sondern ethisch ist . . . Das Recht der Arbeiter auf ein behagliches und selbstbestimmendes Leben ist gänzlich unabhängig davon, ob sie den Reichtum produzieren oder nicht“²⁾.

Aber die äußeren Grundlagen zu schaffen, um dem Arbeiter wieder Freude an der Arbeit zu geben, genügt durchaus nicht allein. Wenn nicht gleichzeitig die inneren Voraussetzungen beim Arbeiter selbst vorhanden sind, um diese neuen Aufgaben zu übernehmen, kann auch die beste Organisation nichts nützen. Der Arbeiter, der jetzt noch im Zustand des Halbschlafs dahin dämmert, muß erst den Willen verspüren, aus dieser jetzigen Lage herauszukommen. Wir müssen das Selbstbewußtsein und die Selbstachtung des Arbeiters auf eine solche Höhe bringen, daß es ihm unmöglich ist, noch weiter in einem solchen Taumel dahinzuleben, daß er aus sich selbst heraus den Willen verspürt, in andere Lebensverhältnisse zu kommen³⁾. Diesen Willen zur Tat und das Selbstbewußtsein beim Proletarier zu wecken, ihn unzufrieden zu machen mit den bestehenden Verhältnissen, ist die vornehmste Aufgabe des klassenbewußten Unionisten. „Notwendig ist, immer schärfer den Kampf um die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats in den Vordergrund zu stellen“⁴⁾. Befragt

(Cole, World, a. a. O., S. 347 Anm.) „In controlling industry, democracy will learn the hard lesson of self-control and the harder lesson of controlling its rulers, and, in so doing, it will become actual instead of nominal.“ (Ebenda S. 29.)

¹⁾ Ebert, a. a. O., S. 98.

²⁾ Cole: World, a. a. O., S. 350.

³⁾ . . . „with enlightenment must surely come at any rate the will to sweep the present system away. Its continuance is a matter of will, or rather of its absence; we cannot hope to shake off the burden of profiteering until we have shaken off our lethargy and, with clear heads, willed the substitution of something better.“ (Cole, World, a. a. O., S. 414.)

⁴⁾ „Proletarier“, Jahrg. I, Heft 1, S. 7.

um die Aufgaben und Ziele der deutschen Arbeiter-Union schrieb einer ihrer „Führer“ dem Verfasser: „Als spezifisch proletarische Kampforganisation ist ihre nächste Aufgabe die „Selbstbewußtseinsentwicklung“ des Proletariats. Dieser Kampf um die Selbstbewußtseinsentwicklung stützt sich auf die Erkenntnis, daß der Sieg der proletarischen Revolution nur ein dauernder sein kann, wenn das Proletariat den Klassenkampf bewußt führt.“ Dieser großen Aufgabe gegenüber hat alles übrige zurückzutreten: Das persönliche Wohlbefinden des einzelnen, wie seine eigene gesicherte Existenz. In den Dienst dieser Sache hat der einzelne seine ganze Kraft, ja sein ganzes Leben zu stellen. Nur durch unermüdliche Propaganda, durch die Erziehung der Proletarier kann das Ziel — das Erwachen des Selbstbewußtseins der proletarischen Klasse — erreicht werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint auch die Erziehungs- und Propagandatätigkeit der Unionisten in neuer Beleuchtung. Durch Wort und Schrift versuchen sie, dem Arbeiter seine Lage klarzumachen¹⁾, ihm zu beweisen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann. Durch alle ihre Schriften belehrenden und unterhaltenden Inhalts zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke: Arbeiter, wacht auf, werdet unzufrieden²⁾! In Abendschulen, in einzelnen Kursen und durch leicht faßliche Schriften suchen sie die Masse der revolutionären Gewerkschaftler zu erziehen; in besonderen „Colleges“ werden redegewandte Männer ausgebildet, die ihrerseits wieder die Arbeiter aufklären können³⁾.

Aufklärung und Erziehung allein genügen aber nicht, um einen klassenbewußten Proletarier zu schaffen. Eins und vielleicht das Wichtigste, muß noch hinzukommen: eine neue Organisationsform für seine Klasse. Denn das ist das Neue dieser unionistischen Bewegung, daß sie nicht nur glaubt, wie Marx und seine Anhänger, die Befreiung der Arbeiter sei Sache der Arbeiter selbst, ihre

¹⁾ „Unsere Aufgabe ist es, den Druck noch drückender zu machen, indem wir ihm (dem Proletarier) das Bewußtsein des Druckes geben.“ („Der Proletarier“, Jahrg. I, Heft 1, S. 147.)

²⁾ Bezeichnenderweise trägt eine Liedersammlung der I. W. W. den Titel: „I. W. W. Songs. To fan the flames of discontent“. Chicago o. J.

³⁾ „When the workers are fully conscious of their goal, than the „science of social forces“ will itself become a social force“ („The Plebs“, Dez. 1920). Ähnlich sagt Cole: „The problem of education will thus begin to solve itself, and the awakening will come mainly not by Act of Parliament, . . . but by the spontaneous act of the workers themselves“. (World a. a. O. S. 19.)

Losung lautet: „Die Befreiung der Arbeiter ist Sache ihrer Klassenorganisation.“ Wie kommt es denn, fragen sie, daß die Arbeiter bisher trotz ihrer Gewerkschaften und politischen Parteien so wenig Erfolg haben? Es rührt letzten Endes daher, daß der einzelne Arbeiter kein genügendes Interesse für seine Organisation hat. Zwar organisiert sich der Arbeiter. Aber er tut es nur äußerlich. Innerlich bleibt er, was er war — ein nach Zufriedenheit und Ruhe strebender, selbstgenügsamer Mensch, der sich niemals aufrafft zu irgendwelcher Tat. Was nützen die großen Mitgliederzahlen, was nützen die Millioneneinnahmen, wenn der einzelne doch nur in seiner Gewerkschaft eine Ziffer ist, die selbst nichts zu sagen hat, die selber aber auch gar nicht aktiv handeln will? „Das große Problem der Arbeiterbewegung ist also: es muß das innere Interesse des einzelnen an seiner Organisation geweckt und entwickelt werden, im Seelenleben des Arbeiters muß der Grund gelegt werden, aus dem ihm Ideale erwachsen können. Dafür ist eine Kardinalbedingung erforderlich: Die Organisation muß ihren Mitgliedern persönliche Freiheit gewährleisten. Die Struktur der Organisation muß so sein, daß die Mitglieder freiwillig ihre Pflichten erfüllen müssen¹⁾.“ In diesen Worten ist das ganze innere Programm der Industrial Union aller Länder enthalten. Die Union muß ein innerlich lebendiger Körper sein, an dem jedes einzelne Glied interessiert ist. Je vollständiger jeder Teil seiner Organisationspflicht nachkommt, desto kräftiger und aktionsfähiger wird die Vereinigung sein. Deshalb muß aber die Struktur der Gewerkschaft auch so beschaffen sein, daß die Arbeiter wieder Interesse an ihrer Organisation gewinnen können. Die Organisation muß auf betrieblicher Grundlage aufgebaut werden, nicht nur aus dem rein äußeren Grunde, weil diese Form dem heutigen Wirtschaftssystem allein entspricht, sondern auch weil sie die einzige ist, in der die Arbeiter ständig miteinander in Fühlung sind, in der die gemeinsamen Interessen der Arbeiter am deutlichsten zutage treten; die Betriebsinteressen sind ja nur ein Teil der allgemeinen Interessen des gesamten Proletariats. Dazu kommt, daß das ständige Zusammenwirken der Arbeiter im Betriebe ein festes Band der Solidarität um die Betriebsorganisation schlingt. So wächst die Arbeitersolidarität aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung heraus. — Arbeitersolidarität! — Diesem Wort geben die Unionisten

¹⁾ Karl Roche, Die Allgemeine Arbeiter-Union, a. a. O., S. 4.

einen neuen Inhalt. Nirgends tritt so sehr das sittlich Bedingte ihrer ganzen Weltanschauung zutage wie in dem starken Betonen des Solidaritätsgedankens. In all ihren Broschüren und Zeitungen, in all ihren Aufrufen appellieren sie an die Solidarität ihrer Mitglieder, an ihre Klassensolidarität. Diese wird geradezu zum Fundament ihrer neuen proletarischen Ethik. Persönliche Opferwilligkeit, ständige Bereitschaft nicht nur für das Wohl der eigenen Organisation, sondern für alle Bestrebungen, die dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse dienen, fordern sie von ihren Mitgliedern. Ihre regelmäßig zu zahlenden Beiträge sind, wie gezeigt wurde, nur gering im Vergleich zu denen der alten Gewerkschaften. Dafür verlangen sie von ihren Mitgliedern, daß sie freiwillige Kampfbeiträge leisten, wenn ihre Mitkämpfer — seien es die der eigenen, seien es die anderer Unionen — durch Streik und Aussperrung in Not geraten sind. Immer wieder appellieren sie an das Solidaritätsgefühl ihrer Mitglieder, an ihren Idealismus: „Freiwillige Beiträge erziehen die Mitglieder zur Solidarität, sie bauen durch die Opferwilligkeit, die sie fordern, die stark und unüberwindlich innere Gemeinschaft der Klasse. Welches Mitglied sich um die Entnahme von Kampfmarken herumzudrücken sucht, gehört nicht in die Union“, heißt es in einer ihrer Flugschriften. Die Summen, die bei solchen Gelegenheiten von kleinen Bezirken aufgebracht werden, sind oft erstaunlich hoch und mögen viel dazu beigetragen haben, für den Gedanken der Union zu werben. „Wir müssen die Arbeiter überzeugen. Das werden wir durch die solidarische Tat. Im Betrieb, im Kampf — in allen, auch in den schwierigsten Situationen hat der Unionist die höchste Arbeitertugend: proletarische Solidarität zu üben. Das ist die fruchtbarste Tat für die Union¹⁾.“ — In dem starken Betonen des „Willens zur Tat“ und in der „Ausübung der Klassensolidarität“ berühren sich ihre Gedankengänge am stärksten mit denen der französischen Syndikalisten. Bei beiden sind dieses die Grundforderungen der neuen proletarischen Ethik. Das Neue der Unionisten aber liegt darin, daß sie klar erkannt haben, daß es zwecklos ist, solche Forderung aufzustellen oder ihre Erfüllung von dem Arbeiter zu verlangen, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu wecken²⁾. Dieses kann aber nur

¹⁾ Ortsstatut der Allgemeinen Arbeiter-Union. Hamburg o. J., S. 12.

²⁾ „The urge toward the idealism of the I. W. W. is to be found in the increasing self-knowledge of the workers“. (Ebert, a. a. O., S. 106.)

geschehen, wenn die Arbeiter auch so organisiert sind, daß sie sich ständig als Gemeinschaft fühlen. Denn daß sich seit einiger Zeit bereits ein neues Gemeinschaftsgefühl bei bestimmten Gruppen von Arbeitern entwickelt hat, ist offenbar¹⁾. Diesem neuen Gemeinschaftsgefühl, das vorläufig allerdings erst bei einer kleinen Gruppe von Leuten vorhanden ist, die ihm entsprechende Ausdrucksform in einer bestimmten Organisation zu geben, ist die Aufgabe, vor die sich die Unionisten als Kerntruppe der revolutionären Klasse gestellt sehen.

Vorläufig ist allerdings die Klasse, welcher der neue Solidaritätsgedanke eingepflanzt werden soll, noch durchaus eine werdende, eine Klasse, die noch nicht zum vollen Bewußtsein ihrer selbst gekommen ist. Sie steht noch allzusehr unter Einflüssen, welche die Geschlossenheit ihrer Einheit in Frage stellen. Es sind gerade die alten Gewerkschaften, die z. T. dadurch, daß sie nicht alle Arbeiter in ihren Reihen aufnehmen, sondern nur ganz bestimmte qualifizierte, die Einigkeit der Arbeiterklasse immer wieder verhindert haben. Dazu kommt, daß sie durch zahlreiche Verhandlungen mit den Arbeitgebern, durch Abschluß von Tarifverträgen, Eingehen auf Schiedsgerichte u. dgl. die scharfen Gegensätze, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, zum Teil verwischen. Daraus folgt für die Unionisten, daß erst einmal der Charakter der Arbeiter als Angehörige einer eigenen Klasse scharf herausgearbeitet werden muß. Das, was Marx schon klar erkannt hatte, als er schrieb, daß alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, daß sich die Klassengegensätze mit fortschreitender Konzentration des Kapitals in wenige Hände immer mehr verschärfen würden, diese Erkenntnis ist nach ihrer Meinung später bei den Marxisten wieder verloren gegangen. Durch Zusammengehen mit anderen politischen Parteien wie in England, durch Gründung einer eigenen politischen Partei haben sie die tiefen Gegensätze, die zwischen den Klassen liegen, künstlich zu überbrücken gesucht. An Stelle der Klasse setzten sie die Partei. Diese ist aber nur ein künstliches Gebilde, keine feste Gemeinschaft, die sich auf den Lebensinteressen der einzelnen Individuen aufbaut²⁾. Für die Unionisten gilt es deshalb erst einmal,

¹⁾ „Everywhere we have before us a new group-psychology, group-ideal, and group-action.“ (Cole, World, a. a. O., S. 19.)

²⁾ „The political party is merely an artificial grouping of people of all classes, united by a temporary agreement of opinion . . . the class is an organic

den Begriff der Klasse mit neuem Inhalt zu erfüllen. Nach ihrer Meinung ist das Proletariat die einzige Klasse, die überhaupt fähig ist, die Menschheit zu retten, es ist die Grundlage zur Bildung einer neuen Gesellschaft. Daher ist es für die Unionisten notwendig, den Umfang dieser Klasse möglichst so zu erweitern, sie numerisch so stark erscheinen zu lassen, daß sie auch sittlich berechtigt ist, diese Umwälzung vorzunehmen. Dieses geschieht durch künstliche Vergrößerung der Kluft, die zwischen Kapital und Arbeit besteht. Es ist durchaus ein marxistischer Gedanke, wenn sie sagen: an dem einen Pole der gesellschaftlichen Skala steht das Kapital, verkörpert im Unternehmer, am anderen Pole der „freie“ Arbeiter, aller Machtmittel beraubt. Alle übrigen Differenzen, die etwa zwischen den Arbeitern verschiedener Berufsklassen bestehen, sind unbedeutend und treten gegenüber dem Gegensatz zum Kapital ganz in den Hintergrund. Irgendwelche doch noch bestehenden Unterschiede gleicht die Maschine mehr und mehr aus. Das „machine proletariat“ wird allmählich eine einzige homogene Masse¹⁾. Erweitern so die Unionisten einerseits den Begriff der Klasse, so suchen sie ihn andererseits dadurch gewissermaßen einzuschränken, daß sie unbedingt fordern, die Klasse von all den Elementen rein zu halten, die nicht zu ihnen gehören. Aus alledem folgt, daß sich die Klasse nicht irgendeiner politischen Partei anschließen darf, da dieses nur Zersplitterung der Kräfte, Verwischung der Gegensätze²⁾, Schließung von Kompromissen und Vermischung mit fremdem Elementen bedeutet. Dieses ist offenbar der tiefere Grund dafür, daß die Unionisten zum großen Teil jeden Kampf auf dem „political field“ ablehnen. Besteht, wie gezeigt wurde, auch noch keine volle Einigkeit hierin, so geht doch offenbar die Tendenz immer mehr dahin, an Stelle der Partei die Klasse zu setzen.

Vollkommen einig sind sich aber alle Unionisten in der Forderung des unbedingten Klassenkampfes. Sie treten

division of the people, composed of those subjected to the same economic influences, those who live and work on the same place of material interest.“ (Woodruff, The advancing proletariat, a. a. O., S. 18.)

¹⁾ „. . . among a people living on the same plane of material interest and subjected to the same economic influences, there must arise such a similarity of psychology, such a singleness of viewpoint and unity of purpose, that the moral and religious lives of the people would all rise to the same high and noble standard.“ (Ebenda, S. 20.)

²⁾ „. . . participation in purely political propaganda and campaigns is a criminal waste of time and energy.“ (Ebenda, S. 22.)

ebenso wie die übrigen Sozialisten für seine straffe Durchführung ein. Ja, noch mehr: sie suchen auch ihn — und damit berühren sie sich wieder mit den französischen Syndikalisten — in die Sphäre des Ethischen zu erheben. Die Gegner des Klassenkampfes haben nach ihrer Meinung das Recht, ihn unsozial und als Mangel jeglicher Selbstbeherrschung und jeden Idealismus anzusprechen, falls sie nachweisen können, daß in der heutigen Gesellschaft keine Klassengegensätze vorhanden sind. Doch solange diese noch bestehen, ist seine Fortführung notwendig. Der Klassenkampf wird von ihnen nicht gepredigt, weil er besonders wünschenswert wäre, sondern weil er unter den jetzigen Verhältnissen unabänderlich ist — „a monstrous and irrefutable fact“¹⁾. Gerade deshalb muß er mit solcher Schärfe durchgeführt werden, um endlich einmal die Sabotage der Unternehmer, wie sie nach ihrer Meinung besonders im Kriege so kraß hervortrat, zu unterbinden²⁾. Auch hier wieder der Versuch, ihr Handeln ethisch zu rechtfertigen. Es ist auffallend, wie sehr gerade die amerikanischen und englischen Unionisten den ethischen Charakter ihrer Bewegung hervorheben. Sätze wie „The ideal of the I. W. W. are ethical in character“ finden sich in ähnlicher Form in allen Schriften.

Daneben tritt aber auch sehr stark der irrationale, fast ist man geneigt zu sagen, religiöse Charakter dieser Bewegung in Erscheinung. Als religiös³⁾ möchte man sie deshalb ansprechen, weil es sich bei ihr nicht so sehr um ein festumrissenes, klares Programm handelt, nicht so sehr um eine Änderung dieser oder jener Einrichtung, als vielmehr um ein Ziel, das noch in weiter nebelhafter Ferne liegt: um die Vorbereitung für die kommunistische, klassenlose Gesellschaft. Aus sich heraus, aus eigener Kraft dieses Himmereich auf Erden zu verwirklichen, gilt den Unionisten als eine Glaubenslehre, als Inbegriff ihres Denkens, ihres Wollens. Der Glaube an die neue Gesellschaftsform, die unbedingt kommen

¹⁾ Cole, World, a. a. O., S. 21.

²⁾ „It (the war) has shown the necessity for saving society from more capitalist sabotage by way of the I. W. W. plan of socialized ownership, viz., ownership by its industrially organized many instead of its few capitalist combinations.“ (Ebert, a. a. O., S. 61.)

³⁾ Diese Bezeichnung legen sie sich selbst mit Vorliebe bei: „The I. W. W. . . . is a wonderful manifestation, a multi-compound of psychology . . . ethics and religion. Yes, religion! Fanatical, sublime! The religion that makes living its creed; that would endow men with the attributes of gods instead of monsters.“ (Ebert, a. a. O., S. 113.) Ebenso „Der Proletarier“, Jahrg. I, Heft 2, S. 11.

muß, ist der Glaube an die zu verwirklichende proletarische Sittlichkeit und insofern ein Stück der Weltanschauung der Unionisten. Daran, daß wirklich die letzten Ziele dieser Bewegung, die großen Fragen, um die es sich beim Industrial Unionism handelt, meistens sehr unbestimmt und oft nur ganz gefühlsmäßig erfaßt werden können, ändert auch die Tatsache nichts, daß sich in ihren Programmen sehr wohl klar und scharf formulierte Forderungen finden. Aber diese Forderungen, die von Männern aufgestellt sind, die mitten in der Bewegung und im Tageskampf stehen, berühren oft nur das Nächstliegende und an der Oberfläche Haftende, so daß sie unmöglich als die bleibenden und charakteristischen Ziele angesehen werden können. Da sich diese Männer bei all ihrem Idealismus und Glauben an die Zukunft nur selten von der Gegenwart und noch viel weniger von der Vergangenheit loslösen können, so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sie etwa als oberstes Ziel der revolutionären Gewerkschaftler die Zertrümmerung der alten Gewerkschaften aufstellen. Aber die Masse der Arbeiter, die solche Forderungen liest, fühlt und erschaut es mehr, als daß sie es verstandesmäßig begreift, was hinter diesen Gegenwartsforderungen steht: das Suchen nach einer neuen Gesellschaftsordnung. Inbrünstig und gläubig ersehnt sie diese Zeit, die kommen wird, kommen muß, da sie sie ja will und für sie kämpft. In diesem Glaubenscharakter liegt sicherlich ein großer Teil der werbenden Kraft des Unionismus.

Hier ergibt sich eine gewisse Parallele mit dem Urchristentum, die den religiösen Charakter der Unionsbewegung besonders deutlich macht. Rein äußerlich fällt es ja schon auf, daß ebenso wie der Syndikalismus ständig eine Parallele zieht zwischen der religiösen Bewegung des Urchristentums und seiner Bewegung, sich auch die Unionisten immer wieder mit den ersten Christen vergleichen. So wie jene einst zu Rom verfolgt, gefoltert und verbrannt wurden, und dennoch ihre Religion sich in kurzer Zeit über den Erdball ausbreitete, genau so geht es und wird es auch weiterhin mit den Unionisten und ihren Lehren gehen. Jetzt werden sie verleumdet und totgeschwiegen von den alten Gewerkschaften, verfolgt von den Regierungen, aber einst wird der Tag kommen, an dem es heißt: „Die Sonne geht nicht mehr unter über den Industrial Workers of the World.“ Oft erinnern ihre Reden, besonders die in Amerika bekannt gewordenen „Free Speeches“ der I. W. W. an die von religiösen Schwärmern. „You may kill the I. W. W., but you can't kill them!“ Aber auch tiefer gesehen

lassen sich leicht Ähnlichkeiten zwischen beiden Bewegungen aufdecken. Ebenso wie das Christentum noch immer für seine Gläubigen ein sehr fest umrissenes Programm und eindeutig bestimmte Vorschriften aufstellte, ist es bei den Unionisten. Für ihre Mitglieder bestehen weitgehende Vorschriften darüber, wie sie sich zu organisieren, wie sie sich bei Streiks und Verhandlungen zu verhalten, welche besonderen Pflichten sie als Mitglieder zu erfüllen haben. Aber wie die Urchristen nach außen jedes im einzelnen diskutierbare Programm entbehrten, vom Kommen des Reiches Gottes sprachen und zu dem „Unbekannten Gott“ beteten, so verhält es sich auch bei den Unionisten. Über bloße Andeutungen über die neue Gesellschaftsform kommen sie nicht hinaus. Ein klar ausgearbeitetes Programm, ein scharf durchgezeichnetes Bild können sie dem Außenstehenden nicht geben: „we are forming the structure of the new society within the shell of the old“ ist alles, was sie darüber aussagen¹⁾. Daß das Unbestimmte und Mystische gerade in der heutigen Zeit auf die Massen großen Eindruck machen muß, unterliegt keinem Zweifel. Es geht dieser Unionsbewegung wie jeder anderen neuen religiösen oder sozialen Bewegung: Das Geheimnisvolle, Mystische ist anfangs in ihr ein wesentlicher Bestandteil. Auch auf sie trifft das Wort Nietzsches zu: „Alles Lebendige braucht um sich eine Atmosphäre, einen geheimnisvollen Dunstkreis... Aber selbst jedes Volk, ja jeder Mensch, der reif werden will, braucht einen solchen umhüllenden Wahn, eine solche schützende und umschleiernde Wolke.“

Wenn wir die Philosophie der Unionisten irgendwie in Beziehung setzen können mit einem der philosophischen Systeme der Gegenwart, so vielleicht am ehesten mit dem Bergsons oder Nietzsches. Nicht etwa der Art, daß nun die Unionisten sich als Anhänger dieser beiden Philosophen betrachteten und bewußt die weltanschauliche Fundierung ihrer Lehren aus diesem System holten. Dieses kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil es sich hierbei doch nur höchstens um einige wenige, geistig hochstehende Führer der Bewegung hätte handeln können, die den Grundgedanken dieser Philosophen zu folgen fähig gewesen wären.

¹⁾ Selbst bei den Gildensozialisten, die eine wissenschaftliche Begründung ihres Systems versucht haben, zeigt sich eine eigentümliche Mischung zwischen Rationalem und Irrationalem: „Ohne Frage wird man gestehen müssen, daß der gildensozialistische Staatsbegriff einige Unklarheiten enthält, zum mindesten ist er vieldeutig.“ (Schuster, a. a. O., S. 490.)

Bei der Unionsbewegung handelt es sich aber durchaus um eine Massenbewegung, die wohl den letzten Anstoß von einigen „Intellektuellen“ erhielt, aber in ihrem Ursprung und in ihrem Kern durchaus der Ausdruck eines in jahrelanger Entwicklung gereiften Sehns und Wollens der Massen ist. Nur das kann hier gezeigt werden, daß ihre ganze Einstellung durchaus in der Richtung jener Verkünder der „Umwertung aller Werte“ und der „Schöpferischen Entwicklung“ liegt. Es ist dies ja nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, welche engen geistigen Beziehungen zwischen den Syndikalisten und den Unionisten bestehen. Daß die französischen Syndikalisten unter Sorels Führung die Philosophie Bergsons für sich in Anspruch nehmen, ist bekannt. Es kommt in diesem Zusammenhang gar nicht darauf an, ob die Syndikalisten Bergson mit Recht oder Unrecht als „ihren“ Philosophen bezeichnen¹⁾, sondern das ist das Entscheidende, daß jene sich völlig mit ihm als Mystiker wesensverwandt fühlen und deshalb einfach Bergsons Ideen auf die syndikalistische Theorie in Anwendung bringen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Unionisten. Ob sie Bergson und Nietzsche jedesmal richtig interpretieren — wobei zu bedenken ist, daß z. B. Nietzsches Stellung zur „sozialen Frage“ durchaus nicht immer einheitlich war²⁾ — ist hier weniger wichtig, als die Tatsache, die in diesem Zusammenhang allein untersucht werden soll, daß sich die Unionisten in allen drei Ländern mit diesen beiden Philosophen befassen und daß sich vielfach in ihrem ganzen Denken und in den Begründungen ihrer Forderungen Anklänge an deren philosophische Systeme finden.

Besonders stark tritt dies bei den deutschen Unionisten in Erscheinung, während bei den in ihrer ganzen Denkungsart nüchterneren und selten zu Spekulationen geneigten Engländern und Amerikanern dieser geistige Zusammenhang weniger festzustellen ist. Allerdings weist auch Cole neben Bergson auf Nietzsche hin und stellt den „Willen“, den „General Will“ der Bürger, als wichtigste Gestaltungskraft zukünftiger Wirtschaftsform hin³⁾.

¹⁾ Goldstein z. B. bestreitet ihnen dieses Recht auf Grund eines Briefes, den Bergson an Goldstein gerichtet hat: Julius Goldstein, Henri Bergson und die Sozialwissenschaften. „Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik“. Bd. XXXI, S. 1 ff.

²⁾ Vgl. Emil Hammacher, Nietzsche und die soziale Frage, „Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik“. Bd. XXXI, S. 779 ff.

³⁾ World, a. a. O., S. 4.

Bedeutsamer ist schon, daß Orage, der Herausgeber des „New Age“, der Zeitschrift der Gildensozialisten, und Mitverfasser des Buches „National Guilds“¹⁾, gleichzeitig Verfasser mehrerer Bücher über Nietzsche ist, von denen eines den bezeichnenden Titel trägt: Friedrich Nietzsche: „The Dionysic Spirit of the Age“. — Im Grunde ist es nur natürlich, daß bei den deutschen Unionisten eine Bergson'sche Einstellung zu verzeichnen ist. Sind doch die geistigen Beziehungen zwischen den französischen Syndikalisten und den deutschen Syndikalisten = Unionisten, die in diesem Zusammenhang durchaus als Einheit zu gelten haben, besonders eng gewesen. Daß sich aber bei allen Unionisten Anklänge an Nietzsches Gedankengänge finden, ist vielleicht dadurch zu verstehen, daß Nietzsche an der Schwelle eines neuen Zeitabschnittes stehend vermöge seiner starken Sensibilität vieles von dem antizipierte und manches aussprach, was damals noch im Unterbewußtsein der Massen lag, uns Heutigen aber bereits bewußt geworden ist²⁾.

Es ist ein neues Lebensgefühl, daß die große Masse der Unionisten durchdringt, es ist der Wille, selbst aktiv tätig zu sein, sich selbst ihr Leben in neuen Gemeinschaftsformen zu gestalten. Wie weit bei der Befriedigung ihres Tatwillens ihre eigenen proletarischen Interessen in Konflikt kommen mit denen der „Kapitalisten“ kümmert sie nicht. Ja, sie gehen noch weiter. Sie unterstreichen gerade den Gedanken, daß es keine allgemeingültige Moral gibt, sondern jede Klasse ihre individuelle Moral hat, die nur zu verstehen ist aus ihrer eigenen geistigen und wirtschaftlichen Umwelt heraus und gerechtfertigt durch die besonderen Aufgaben, die sie sich als Klasse setzt. „Wir müssen die Masse zur Gesetzlosigkeit erziehen. Was ist Gesetzlosigkeit? Wir haben unsere eigenen Gesetze, die sich im Verlaufe unserer Handlungen offenbaren. Unsere Handlungen werden ganz von selbst im Sinne der Bourgeoisie gesetzlos sein, wenn wir klassenbewußte Proletarier sind“³⁾. Diese ihre Stellungnahme gegenüber der „individuellen“ Moral, die sich in all ihren Schriften findet, sobald sie auf das Thema „direkte Aktion“ zu sprechen kommen, deckt sich fast wört-

¹⁾ S. G. Hobson-Orage, National Guilds, An enquiry into the wage system and the way out. 2. Ausg., London 1917.

²⁾ „Ein Vorspiel bin ich“ läßt er selbst seinen Zarathustra sagen, „voll jenes wahrsagerischen Geistes, der auf hohem Joche zwischen zwei Meeren wandelt — zwischen Vergangenen und Zukünftigem — als schwere Wolke wandelt.“

³⁾ „Die Allgemeine Arbeiter-Union“, Jahrg. 1, Nr. 9.

lich mit der Nietzsches¹⁾. — Aber noch weiter geht diese geistige Verwandtschaft. Für beide ist der „Wille zur Macht“ diejenige Kraft, die den einzelnen, die Klasse, den Staat — ja die ganze Welt beseelt²⁾. Für beide ist er die letzte Triebkraft alles Lebens, durch die alle Handlungen, Affekte, Ziele und Ideale des Menschen bestimmt werden. Diesen Machtwillen im einzelnen und der durch ihn verkörperten Gruppe entsprechend der Rangordnung, die sie im Ganzen einnimmt, voll zur Entfaltung zu bringen und aufs höchste zu steigern, ist für Nietzsche der wahre Sinn alles Lebens, für die Unionisten die oberste Aufgabe der Proletarier als Klasse. Was kümmert es sie, ob hierbei „gerecht“ vorgegangen wird. „Das Beste und Höchste, dessen die Menschheit teilhaftig werden kann, erringt sie durch einen Frevel“, heißt es bei Nietzsche. „Wir müssen den Willen haben, auch mit Gewalt unsere Macht durchzusetzen“, bei den Unionisten. Haben wir nur erst das Bewußtsein, dazu bestimmt zu sein, neue Werte zu schaffen, fühlen wir in uns die Kraft, unseren Willen durchzusetzen, so ist jede Tat voll gerechtfertigt. Auch für Nietzsche ist all das Rufen nach „Gerechtigkeit“, die doch nur erst etwas Künftiges, Werdendes darstellt, zwecklos, wenn es nicht verbunden ist mit dem Wollen, dieses Ideal wenn nötig auf dem Wege über die „Ungerechtigkeit“ herbeizuführen. . . . „ich bin abgeneigt dem Sozialismus, weil er ganz naiv vom „Guten, Wahren, Schönen“ und von „gleichen Rechten“ träumt“³⁾. Für ihn ist eine „sozialistische“ Gerechtigkeit nur möglich als aktive Leistung, nicht als Prinzip oder Forderung. In dieser Auffassung sind mit ihm die Unionisten aller Länder eins. Nicht „fordern“ wollen sie ihre Rechte von der herrschenden Klasse, sondern sie sich als selbst wollende, selbst zwecksetzende Klassenkämpfer auf dem Wege der „Ungesetzlichkeit“ erringen. Denn auch bei ihnen als Proletarierklasse, die allmählich zum Selbstbewußtsein erwacht ist, macht sich nun der Wille zum Leben —

¹⁾ „Ich verstehe unter „Moral“ ein System von Wertschätzungen, welches mit den Lebensbedingungen eines Wesens sich berührt . . . Es gibt keine moralischen Phänomene . . . Ich sage von jeder Moral: „Sie ist eine Frucht, an der ich den Boden erkenne, aus dem sie wuchs“. (Friedrich Nietzsche, Der Wille zur Macht. Herausgeg. v. Max Brahn. Leipzig 1917, II, 1. 76, 79. 80.)

²⁾ „Diese meine dionysische Welt des Ewig-sich-selber-Schaffens, des Ewig-sich-selber-Zerstörens . . . diese Welt ist der Wille zur Macht und nichts außerdem. Und auch ihr selbst seid der Wille zur Macht und nichts außerdem.“ (Friedr. Nietzsche, Der Wille zur Macht, a. a. O., S. 376.)

³⁾ Friedr. Nietzsche, Wille zur Macht, a. a. O., S. 273.

das ist ja der „Wille zur Macht“ — geltend. In erster Linie wollen sie ihn natürlich nur als Klasse für die Klasse durchsetzen. Aber wie bei Nietzsche als letztes Ziel dieser Entwicklung des ständigen Kampfes um die Macht — abstrakt-philosophisch gefaßt — die Gerechtigkeit „als höchster Repräsentant des Lebens“ erscheint, so bei jenen — ins Konkrete übertragen — die klassenlose Gesellschaft, die Industrial Selfgovernment, in der jeder seine Kraft voll entfalten kann.

In den beiden wesentlichsten Punkten: in der Kritik der bisherigen Werte und alles Bestehenden und in der neuen Deutung der Welt aus dem „Willen zur Macht“ — beides aus demselben dionysischen Lebensgefühl heraus erschaut — berühren sich Nietzsches Gedankengänge mit denen der Unionisten, und darum ist man berechtigt, sie in dieser Verbindung zusammen zu nennen.

2. „Massen- und Führer“-Problem.

Es gibt heute in der ganzen Literatur der Unionisten sicherlich kein Problem, das so oft und so gründlich erörtert worden wäre wie die Frage „Massen und Führer“. Um sie handelt es sich letzten Endes, wenn von ihnen grundsätzlich die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation, das Verbleiben in den alten Gewerkschaften oder die Teilnahme an den Parlamenten behandelt wird, von ihrer Lösung hängt es nach Meinung der Unionisten wesentlich ab, ob der Arbeiter wieder Interesse an seiner Organisation bekommt und dadurch die Vorbedingung erfüllt ist, um ihn zu den Aufgaben vorzubereiten, die seiner in Zukunft harren. In einer ganz neuen Beleuchtung erscheint ihnen diese Frage, die heute in allen Verbänden, heißen sie Staat, Partei oder Gewerkschaft, mögen sie absolutistisch, oligarchisch oder demokratisch regiert sein, immer wieder auftaucht und ihrer Lösung harret. Wie ist es möglich, den Gegensatz zwischen den Gewerkschaftsführern, die zur Leitung großer Organisationen unumgänglich notwendig sind, und den gewerkschaftlich organisierten Massen auszugleichen, lautet die Problemstellung bei den alten Gewerkschaften¹⁾, brauchen wir Unionisten überhaupt Führer, und wenn ja, wie lange brauchen wir sie noch und welche Funktionen

¹⁾ Vgl. z. B. Korrespondenzblatt der Generalkommission: Artikel: Massen und Führer, Jahrg. 1911, S. 7 ff.

weisen wir — wir als Masse — ihnen zu, heißt es beim Unionisten.

Es kann sich in diesem Zusammenhang nicht darum handeln, in eine ausführliche Erörterung darüber einzugehen, aus welchen Gründen in der alten Gewerkschaftsbewegung aller Länder der Gegensatz zwischen Masse und Führer vorhanden ist, und welche Mittel und Wege man anwendet, um diese offenbare Kluft zu überbrücken. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Teil der „industrial unrest“ in allen drei Ländern seinen Grund in der Unzufriedenheit der Massen mit ihren Führern hat, zu denen sie kein Vertrauen mehr haben. Sie trug ja — wie gezeigt wurde — in Amerika und England wesentlich mit dazu bei, die „rank and file movement“ hervorzurufen. Daß aber in Deutschland der Gegensatz zwischen Masse und Führer in den Freien Gewerkschaften vor dem Kriege, besonders aber auch während des Krieges vorhanden war, ist wiederholt nachgewiesen worden. In den sogenannten „wilden Streiks“ und Tarifbrüchen kam er auch Außenstehenden zum Bewußtsein. Der Austritt aus den alten Gewerkschaften war oft nur die letzte Konsequenz, welche die unzufriedenen Massen aus ihrem Mißtrauen gegen ihre Gewerkschaftsführer zogen.

Daß heute dieser Gegensatz in den alten Gewerkschaften aller Länder vorhanden ist, beweist natürlich noch nicht, daß er auch notwendig zu bestehen braucht. Denn ob auch gerade in rein demokratisch regierten Verbänden — seien es Parteien, seien es Gewerkschaften — mit Notwendigkeit ein Massen- und Führergegensatz bestehen muß, ob er im Wesen jeder Organisation begründet liegt, darin gehen die Meinungen derjenigen Schriftsteller, die sich prinzipiell mit dieser Frage befaßt haben, weit auseinander. Rob. Michels, der den Anspruch erheben kann, als erster in einem größeren Werke¹⁾ diese Seite jeder Organisation beleuchtet zu haben, sucht zu beweisen, daß jede Parteiorganisation und jede Gewerkschaft mit der Zeit immer dem Hang zur Oligarchie unterliege, unterliegen muß. Dieser Satz gilt besonders auch für die sozialrevolutionären Arbeiterparteien, die Syndikalisten, die ihrer Entstehung und Willensrichtung nach ja gerade die Verneinung dieser Tendenzen darstellen und gerade aus Opposition gegen sie entstanden sind. In bezug auf den Syndikalismus²⁾,

¹⁾ Rob. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Leipzig 1911.

²⁾ Sombart nennt Rob. Michels den einzigen namhaften deutschen

dessen Verhältnis zum Unionismus bereits dargelegt wurde, kommt er dann zu folgendem Resultat: „In der Tat kann sich der junge Syndikalismus, der aus der Opposition gegen den Autoritarismus der Führerschaft entstanden ist, den oligarchischen Tendenzen in keiner Weise entziehen. Die Führung in der Hand zu behalten wird zum obersten Gesetz“¹⁾. — Ph. Koller, der jüngst in einer Schrift²⁾ diese Frage für die Freien Gewerkschaften untersucht hat, differenziert die Problemstellung. Ein Massen- und Führergegensatz im engeren, eigentlichen Sinne der Art, daß die Masse auf die Geschicke der Gesamtheit überhaupt keinen Einfluß hat, sei es, daß diese durch autokratische Entschließungen eines einzelnen oder einer Gruppe von Führern herbeigeführt werden, besteht nach seiner Meinung in den Freien Gewerkschaften nicht³⁾. Wohl aber besteht natürlich ein solcher im weiteren Sinne, da ja die Gewerkschaft als neue „Gesamtperson“ — vertreten durch wenige leitende Köpfe — von ihren Mitgliedern notwendigerweise Unterordnung unter ihre Beschlüsse und Entscheidungen fordern muß. Er ist unausweichlich und nur dadurch zu mildern, daß die Einsicht in das notwendige Maß von Unterworfenheit gehoben wird⁴⁾. Erreicht kann dieses nach Kollers Meinung in erster Linie durch soziale Erziehung der Mitglieder werden⁵⁾.

Ganz anders sehen das Problem die Unionisten, ganz andere Wege zu seiner Lösung schlagen sie ein. Sie glauben, daß dieser Gegensatz in erster Linie in der Struktur der bestehenden Gewerkschaften begründet liegt. Berufsverband und Zentralismus in Verbindung mit hohen Kassenbeständen sind nach ihrer Meinung diejenigen Momente, die unbedingt ein autokratisches Führertum erfordern.

Sozialisten, „der ausdrücklich die Idee des revolutionären Syndikalismus vertritt.“ Werner Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung. 9. Aufl. Jena 1920, S. 111.

¹⁾ Michels, a. a. O., S. 343.

²⁾ Philipp Alexander Koller, Das Massen- und Führerproblem in den Freien Gewerkschaften. Tübingen 1920.

³⁾ „Der Massen- und Führergegensatz im engeren Sinne scheint damit für die Zeit vor dem Kriege in den Freien Gewerkschaften nicht nachweisbar.“ (Koller, a. a. O., S. 90.)

⁴⁾ Koller, a. a. O., S. 11.

⁵⁾ Ähnlich v. Elm: „Wir müssen Formen zu finden suchen, durch welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar machen, bei welchen aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur dadurch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden Interessendemokratie zu erziehen suchen, werden wir Erfolge erringen.“ (Korresp.-Bl., a. a. O., S. 10.)

Eines bedingt das andere, und wer die Massen dahin führen will, ihre eigene Sache zu „führen“, sich unabhängig zu machen von einer kleinen, gutbezahlten Führerschaft, mit der sie durch keine Lebensinteressen mehr verbunden sind, muß die alten Gewerkschaften mit ihren Gewerkschaftsbeamten zerschlagen. Denn die Masse der im Kampfe voranstehenden Arbeiter ist immer revolutionär, sie will den Kampf gegen die kapitalistische bürgerliche Gesellschaft führen, sie ist der aktiv vorwärtstreibende Faktor. Die Führer dagegen sind diejenigen, die ständig bremsen, vor lauter „Wenn und Aber“ gar nicht zur Tat kommen¹⁾. Der Gewerkschaftsbeamte ist seinem Wesen nach immer revisionistisch gesinnt. Er legt größeres Gewicht darauf, von den Arbeitgebern auf dem Verhandlungswege einige kleine Erfolge zu erzielen, als daß er es auf ein wirkliches Messen der Kräfte im offenen Kampf ankommen läßt aus Angst, hierbei die von ihm zu verwaltenden wohlgefüllten Unterstützungskassen angreifen zu müssen. Vor lauter Verwaltungsarbeit, Prüfen von Mitgliedskarten und Beiträgen u. dgl. verliert er völlig den Blick für die großen Aufgaben der Gewerkschaftspolitik, verliert er das letzte Ziel der Gewerkschaften: „die Umänderung der bestehenden Wirtschaftsordnung“ aus den Augen und setzt sich in einen ständig größer werdenden Gegensatz zu seinen Mitgliedern. Schuld daran ist vor allem die gegenwärtige Struktur der Gewerkschaft. Die zentralistische Organisationsform ist das Bollwerk, mit dem die Führer ihren Beruf gegen die Mitglieder schützen: „Der Zentralismus ordnet die Führer über die Masse, er ordnet den Willen der Masse unter den Willen der Führer, er nimmt den Mitgliedern ihre Rechte und legt sie in die Hände der Führer. Der Zentralismus zentralisiert die Denkrichtung und gibt den Führern die Möglichkeit, ihr bürgerliches Denken ... den Mitgliedern aufzuzwingen“²⁾. Dadurch, daß die Unionisten diese Struktur geändert und an Stelle des Berufsverbandes die Industrial Union und die Betriebsorganisation gesetzt haben, glauben sie bereits ein wesentliches Hindernis aus dem Wege geschafft. Denn in den kleinen dezentralisierten Unionen kann nach ihrer Meinung der ganze komplizierte Verwaltungs- und Beamtenapparat, der auf der anderen Seite notwendig ist, entbehrt oder zum mindesten stark eingeschränkt werden.

¹⁾ Es soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß es hier darauf ankommt, nicht das Verhältnis in den Gewerkschaften darzustellen, wie es tatsächlich ist, sondern wie es die Unionisten aller Länder sehen.

²⁾ Karl Roche, Die Allgemeine Arbeiter-Union, a. a. O., S. 5.

Jede Union verwaltet sich selbst. Die notwendigen Beiträge, Kampfbeiträge, werden im Betrieb von den Vertrauensleuten (Shop Stewards) erhoben. Diese bilden auch nur einen Teil der Union und bleiben durch dieselbe gemeinsame Arbeit, durch dieselben Interessen gegenüber den Arbeitgebern mit der großen Masse der Arbeiter aufs engste verbunden. Ein engeres Band als die Union und die Arbeitsstätte ist nicht denkbar. Die beste Fühlung, welche die „Führer“ mit den Massen haben, ist das tägliche Zusammenarbeiten im Betrieb. Ihre notwendigen Verwaltungsarbeiten verrichten die Obleute ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Die großen Industrial Unions — die Zusammenfassungen der Betriebsorganisationen brauchen allerdings heute noch bezahlte Angestellte, die aber weiter nichts sind als ausführende Organe. Sie empfangen von der Organisation die Anweisungen und sind der Organisation verantwortlich. So legt z. B. die Broschüre „The Miners' Next Step“, die sich besonders eingehend mit diesem Problem auseinandersetzt, folgende Richtlinien fest, um in ihrer Organisation der Gefahr der Verbeamtung und des Führertums zu entgehen: „Der Vorstand wird aus Nicht-Beamten bestehen . . . Die Demokratie (wird) unmöglich, wenn Beamte oder Führer dominieren. Deshalb sind dieselben von aller Macht über den Vorstand ausgeschlossen, der eine rein administrative Institution wird, aus Männern bestehend, die für diesen Zweck von den Arbeitern gewählt werden“¹⁾. Diese Führer können in der Regel jeden Tag abgesetzt werden. Nur widerwillig haben sich die Unionisten herbeigelassen, festbesoldete Beamte anzustellen, da sie schon darin eine Konzession an die alten Gewerkschaften erblicken. Um diese nun nicht gar zu sehr über die Masse der Arbeiter herausragen zu lassen, bestimmt z. B. die Verfassung der I. W. W. ganz genau die Höhe der Gehälter des G. E. T. und der übrigen Beamten²⁾; im allgemeinen sollen die Gehälter der Angestellten nicht höher sein, als die Löhne betragen würden, die sie als Industriearbeiter empfangen³⁾. Um aber dennoch der Masse immer das Bewußtsein zu geben, daß sie es letzten Ende sist, welche die Entscheidung über schwebende Fragen zu fällen hat, führten ja die Unionisten aller Länder das Referendum ein. Die Rolle, welche die Frage des Referendums gerade in der Geschichte der I. W. W. gespielt hat, wurde

¹⁾ a. a. O., S. 23.

²⁾ Preamble, a. a. O., Art. II, sec. 4, Art. III, sec. 2.

³⁾ St. John, a. a. O., S. 17.

schon an anderer Stelle behandelt; auch die englischen Revolutionäre glaubten, auf dieses Mittel nicht verzichten zu können. So heißt es z. B. in „The Miners' Next Step“: „Nichts wird Gesetz in der Organisation, wenn es nicht die Sanktion der Sektion hat oder die eines Referendums im Kohlenrevier“¹⁾. Durch all diese Mittel glaubt man zu erreichen, daß der Gegensatz zwischen Massen und Führer auf ein Minimum reduziert wird, daß in der Industrial Union und der Betriebsorganisation die notwendigen Beamten nur ausführende Organe der Massen sind. Für die Masse selbst aber bedeutet die Industrial Union und Betriebsorganisation eine Form, in der sie ihre Kräfte frei entfalten, in der sie selbst über ihre Geschicke entscheiden kann.

Die Unionisten stehen hier durchaus noch in jenem ersten Stadium der Entwicklung zum demokratischen System, das man in allen ähnlichen Organisationen allgemein wiederfindet, in jenem Stadium der reinen Demokratie, in dem man noch glaubt, daß alle Funktionen von allen Mitgliedern ausgeführt werden müssen. So erzählen z. B. auch die Webbs, daß in den Kinderjahren der englischen Gewerkschaftsbewegung in einzelnen Trade Unions die Beamten und Vertrauensleute „der Reihe nach, in der ihre Namen in den Büchern stehen“²⁾ ernannt wurden. In einem Artikel über „Massenwillen“ entwickelte kürzlich einer der Ihren folgenden Gedankengang, der für die ganze Auffassung typisch ist: Was wir Unionisten heute erstreben, ist die Gründung oder Wiedergeburt des in den alten Gewerkschaften verlorengegangenen Massenwillens. Nur er allein gewährleistet überhaupt, eine konsequent geleitete Unionspolitik durchzuführen. Der Weg zur Wiedergeburt eines beharrlichen, festbegründeten Gesamtwillens ist neben der notwendigen Erziehung der Massen die organisierte, ununterbrochen sich auf alle Gebiete erstreckende Selbsttätigkeit der Massen. Deshalb schlägt der Verfasser, wie einst die alten englischen Gewerkvereiner, vor: „wo möglich alle Mitglieder der Reihe nach an den verschiedenen Verwaltungsarbeiten teilnehmen zu lassen, alle zur Tätigkeit heranzuziehen. Denn nur auf diesem Wege lernen alle einigermaßen selbständig die allgemeine Sache beurteilen, denken und beharrlich wollen“³⁾.

¹⁾ „The Miners' Next Step“, a. a. O., S. 23.

²⁾ Webb, Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine. (Deutsche Ausg.) 2. Aufl. Stuttgart 1906, S. 6.

³⁾ „Der Proletarier“, Jahrg. 1, Heft 3, S. 16.

Rein theoretisch betrachtet erscheint das Problem „Massen und Führer“ den Unionisten in allen drei Ländern unter demselben Gesichtspunkt, weshalb sie auch grundsätzlich dieselben Vorschläge zu seiner Lösung machen. Praktisch allerdings tritt es in den einzelnen Ländern, ja selbst in den verschiedenen Bezirken eines Landes in ganz verschiedenem Maße in Erscheinung, je nach dem Stadium der Entwicklung, in dem sich die betreffende Union befindet. In Amerika, wo sich in 15jähriger Entwicklung die Zentralisation innerhalb der I. W. W. immer stärker bemerkbar machte, hat man sich bereits zu erheblichen Konzessionen (bezahlte Angestellte, Einschränkung des Referendums usw.) herbeigelassen. Ja selbst in Deutschland steht man bereits im straff zusammengefaßten „Wirtschaftsbezirk Berlin“ in dieser Frage auf einem viel „liberaleren“ Standpunkt als etwa in Hamburg¹⁾. Aber in allen Ländern und in allen Bezirken sind die wesentlichen Vorschläge, die zur Vermeidung des Gegensatzes zwischen Masse und Führer gemacht werden, dieselben. Nicht glaubt man, wie in den alten Gewerkschaften, die Mitglieder dahin erziehen zu müssen, die Notwendigkeit der Führer anzuerkennen, sondern man will Organisationsformen schaffen, die es ermöglichen, überhaupt auf die Führer zu verzichten. Wenn heute den Massen in den großen Industrial Unions noch Führer notwendig sind, so sind die besten Führer diejenigen, welche danach streben, sich selbst überflüssig zu machen. Es kommt darauf an, daß die Masse es lernt, ihre eigene Sache zu führen. Bisher scheitert dies noch an dem Mangel an Bildung, an dem geringen Wissen und Können der Masse. Mit ihrer weiteren Erziehung, welche die Unionisten ja besonders erstreben, ist auch diese Vorbedingung erreicht und ein neuer Faktor zur Beseitigung des Gegensatzes geschaffen.

Vorläufig ist allerdings der Bildungsunterschied zwischen den „Führern“ und den Massen noch außerordentlich groß, von einem Ausgleich ist bisher noch nirgends das Geringste zu bemerken. Überall sind einzelne Männer diejenigen, welche die großen Ideen propagieren, die neuen Organisationsformen schaffen. Debs, Haywood, Wolffheim, Dannenberg, Hodges, Cole sind nur einige der bekanntesten unter ihnen. Sie alle stammen nicht aus der Arbeiterschaft selbst, sondern aus dem Bürgertum. Auch für die Unionisten trifft es durchaus zu, was Michels im allgemeinen über die Führer des Proletariats sagt: „Die Deserteure der Bourgeoisie

¹⁾ Vgl. indessen Nachwort.

werden die Anführer des organisierten Proletariats, nicht trotz, sondern gerade ob ihrer im feindlichen Lager erworbenen und aus ihm mitgenommenen, von vornherein überlegenen formalen Bildung“¹⁾. Diese Tatsache bleibt natürlich auch den Unionisten keineswegs verborgen. Sie erkennen zwar ohne weiteres an, daß bei ihnen die „Intellektuellen“ heute noch eine große Rolle spielen — spielen müssen. Diesen Zustand unter den gegebenen Verhältnissen einfach beseitigen zu wollen, hieße nichts weniger, als daß die Organisation auf alle geschulten Männer mit großen Ideen, starker Initiative und organisatorischen Fähigkeiten von vornherein um eines Prinzips willen einfach verzichtete. Doch glauben die Unionisten nicht, daß dieser vorläufige Bildungsunterschied zwischen Führern und Geführten bei ihnen zu einer beträchtlichen Verschärfung des Gegensatzes zwischen diesen beiden Gruppen führen wird. Denn ihre „Intellektuellen“ sind ja nicht, wie es bei den anderen Organisationen typisch ist, Männer, die losgelöst aus den Bedingungen und Bedürfnissen der proletarischen Masse, diese einfach zum Objekt ihres Handelns machen und als Material benutzen, mit deren Hilfe sie glauben, ihre hochfliegenden Pläne in die Tat umsetzen zu können. Dies ist in der Union schon wegen ihres organisatorischen Aufbaus gar nicht möglich. Führer und Geführte sind fest der Ansicht, daß die Intellektuellen auf die eigentliche Leitung der Union als solche doch nur einen ganz geringen Einfluß haben. „Wenn wir auch Führer sein wollten“, erklärte dem Verfasser einst einer ihrer Intellektuellen, der eine führende Rolle in der Bewegung einnimmt, „wir könnten es nicht, weil wir die Massen gar nicht fassen können. Zu beeinflussen sind sie doch nur in den Betrieben, und dort kommen wir nicht hinein. In den großen Versammlungen wollen wir aber nur den Gedanken der Union propagieren“.

Neben der besonderen Organisationsform glauben sie in der besonderen Funktion, die sie ihrer Union zuweisen, ein Mittel gefunden zu haben, um den in anderen Gewerkschaften notwendigen Gegensatz hier bis auf ein Minimum zu reduzieren. Die anderen Gewerkschaften legen das Hauptgewicht auf die Ansammlung großer Unterstützungskassen, um ihren Mitgliedern in Zeiten der Krankheit und Arbeitslosigkeit, seien sie durch Streik oder Aussperrung hervorgerufen, Zuwendungen zukommen zu lassen. Es ist nach

¹⁾ Rob. Michels, a. a. O., S. 77.

ihrer Meinung selbstverständlich, daß die Verbandsleiter, welche die Verfügungsgewalt über die Mitgliedsbeiträge ihrer Gewerkschaften besitzen, damit de facto auch zu entscheiden haben, ob ein Streik geführt werden darf und unterstützungsberechtigt ist oder nicht. Solange in der Gewerkschaft über diese Frage Einigkeit besteht, ist es gut. Dies war meistens so lange der Fall, als es sich um kleine, lokal begrenzte Streiks handelte. Jetzt aber, wo mehr und mehr große, über ganze Bezirke sich ausstreckende Riesenstreiks vorkommen, liegen viel leichter Möglichkeiten zu Konflikten vor; denn die Sonderinteressen einer kleinen Gruppe werden selten mit denen der übrigen vom Streik Betroffenen übereingehen. Dazu kommt, daß bei diesen Riesenstreiks der Abstand zwischen den Leitern der Streiks und den Streikenden mehr und mehr vergrößert wird. Die Führer verlieren die Fühlung mit den Massen; sie sitzen in einer für den einzelnen unerreichbar hohen Sphäre an der Spitze der ungeheuren, zentralistisch aufgebauten Organisation. Die Masse weiß in vielen Fällen garnicht mehr, um was es sich handelt. Der Konfliktstoff ist gegeben. Alle diese Momente fallen bei den Unionisten nach ihrer Ansicht fort. An Stelle der Unterstützungsbeiträge treten die Kampf- und Solidaritätsbeiträge, die von den einzelnen Unionen verwaltet werden. Wenn bereits eine Zentrale besteht, so werden nur Gelder zur unbedingt notwendigen Aufrechterhaltung des Organisationsbetriebes abgesandt. Nicht hohe Beiträge, sondern Pflege der proletarischen Solidarität, auf die man sich unbedingt verlassen kann, sind das Entscheidende. So wird die freiwillige Solidarität das Mittel, die Führer entbehrlich zu machen. In den alten Gewerkschaften hat der Arbeiter das Gefühl, daß von seinen Beiträgen eine unübersehbare Menge von Angestellten lebt. Er zahlt seine Beiträge widerwillig, weil er ihre Verwendung nicht kennt und selten darüber zu entscheiden hat. In der neuen Union ist es anders. Der Arbeiter beschließt selber die Höhe der Kampfbeiträge, weiß von ihrer Verwaltung, an der er selber teilnimmt. Bei der Kleinheit der Organisation hat er immer einen Einblick in ihre Verwendung. Besondere Angestellte sind für die Verwaltung dieser geringen Fonds gar nicht notwendig. Ein Gegensatz zwischen Führer und Masse wird so praktisch ganz ausgeschaltet. Ähnlich liegt es bei den Streiks. Sie werden dort beschlossen und dort durchgeführt, wo die natürlichen Voraussetzungen für den Erfolg gegeben sind: im Betriebe. Beschließen können sie hier immer nur die Massen selbst — nicht die

Obleute, hinter denen gar keine reale Macht steht. Sollen aber größere Aktionen durchgeführt werden, wie es bereits in Amerika der Fall war, so treten die Beauftragten der einzelnen Industrial Unions miteinander in Verbindung. Hierbei sind sie aber an die Beschlüsse der Massen gebunden, auf deren Entschlüssen sie keinen Druck ausüben können wie die „officials“ der Trade Unions. Immer sind es die Arbeiter selbst, die über die Taktik, Dauer und Art des Kampfes entscheiden und sofort, wenn die „Führer“ nicht tun, was sie wollen, eingreifen. Die Masse ist die Führerin ihres eigenen Kampfes; sie behält ständig die Leitung in den Händen. An die Stelle der Diktatur der Führer tritt so allmählich die Diktatur der Masse.

Eine Tatsache, die in allen drei Ländern — in Deutschland und England besonders während des Krieges — wesentlich mit dazu beigetragen hat, den Konflikt zwischen Massen und Führer zu verschärfen, war die ständig wachsende Bedeutung, die von Gewerkschafts- und Unternehmenseite dem Abschluß von Tarifverträgen beigelegt wurde. Da dem einzelnen Gewerkschaftler beim Entstehen des Vertrages wenig oder gar kein Einfluß eingeräumt wurde, liegt es in der Natur der Sache, daß er immer mehr das Gefühl hatte, seine Stellung als „freier“ Arbeiter zu verlieren und zum bloßen Beamten deklassiert zu werden. Denn wie jener steht auch ihm in vielen Berufen und Industrien nur noch die Wahl offen zwischen Annehmen und Ablehnen des Arbeitsvertrages. Auf irgendein Verhandeln kann er sich als einzelner — wenigstens während der Dauer des Tarifvertrages — nicht mehr einlassen. Es ist nur natürlich, daß sich bei ihm der Unwille in erster Linie gegen die Führer richtet, die für den Abschluß des Tarifvertrages verantwortlich sind. „Die Tatsache, daß jeder Tarif einen Kompromiß darstellt, erzeugt nur noch Verschärfung aller bestehenden Schwierigkeiten¹⁾.“ Bei den Unionisten fallen sie alle praktisch ganz fort. Denn die Unionisten beteiligen sich weder an den Wahlen zu den Betriebsräten (Whitley Councils), noch gehen sie mit den Arbeitgebern irgendwelche Tarifverträge (agreements) ein. Wo ihnen aber doch wie in Amerika solche „agreements“ gestattet sind, wird ihr Abschluß an ganz besonders erschwerende Bedingungen geknüpft²⁾. Durch alle diese Bestimmungen glauben die Unionisten die zahlreichen Differenzen, die sich bei den

¹⁾ Koller, a. a. O., S. 87.

²⁾ Vgl. Preamble, a. a. O., Art. III, sec. 5.

alten Gewerkschaften aus dem Abschluß von Kollektivverträgen und der Teilnahme an öffentlich-rechtlichen Körperschaften zwischen Masse und Führer ergeben, aus dem Wege zu schaffen.

Verkörpert die alte Gewerkschaftsbewegung nach ihrer Meinung die materielle Macht der Führer über die Arbeitermassen, so der Parlamentarismus die geistige. Dies tritt um so mehr in Erscheinung, je zahlreicher die Fälle auftreten, daß die Gewerkschaften ihre Führer in die Parlamente schicken. Zu den vielen Argumenten, welche die Unionisten gegen die Beteiligung am Parlament anführen, kommt hier noch ein neues: Der Parlamentarismus schafft eine Führerschaft, die vermöge ihrer geistigen Überlegenheit und ihrer Scheinerfolge, die sie in den Parlamenten erzielt, leicht bei den Massen den Eindruck ihrer Unentbehrlichkeit erwecken kann und sie so an sich fesselt. Der Parlamentarismus erscheint als die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dadurch, daß die ganze Verantwortung und jedes Handeln nur auf eine einzelne Person, den Abgeordneten, übertragen wird, muß bei den Massen zunächst der Eindruck erweckt werden, daß jener den Kampf für sie führen kann. Wie gering auch immer seine Erfolge sein werden, zunächst bewirken sie doch erst einmal, daß die Tatkraft der revolutionären Masse gelähmt und ihre Selbstbewußtseinsentwicklung gehemmt wird. Auf die Dauer aber, so glauben die Unionisten auf Grund ihrer Erfahrung feststellen zu dürfen, können die gewerkschaftlichen Massen gar nicht mit den Resultaten der von ihnen in die Parlamente entsandten Gewerkschaftler zufrieden sein. Der Gegensatz zu dem „Parlamentsführer“ muß über kurz oder lang doch zum Ausbruch kommen. Man wird noch einmal denselben Versuch mit neuen Führern machen. Das Resultat wird wieder dasselbe sein: die innere Einigkeit und die Geschlossenheit nach außen wird durch diesen Kampf zwischen Massen und Führer in Frage gestellt, das letzte Ziel aus dem Auge verloren. Deshalb ist es auch von diesem Gesichtspunkt aus schon besser, sich gar nicht an dem Parlament zu beteiligen.

Um das Verhältnis zwischen Massen und Führer in den revolutionären Gewerkschaften zu erfassen, genügt es allerdings nicht, an Hand ihrer Schriften, Satzungen und Prinzipienklärungen festzustellen, wie die Unionisten diesen Gegensatz vermeiden wollen. Denn aus dieser Literatur wird man immer nur den Stand de jure über diese Frage erkennen können. Ob aber de facto eine Führer-

schaft besteht, ob die vorgeschlagenen Mittel nun auch immer den erwarteten Erfolg gebracht haben, läßt sich nur an Hand der realen Verhältnisse aus dem Leben der einzelnen revolutionären Gewerkschaftsorganisationen erkennen. Es ist nun naturgemäß bei dem Umfang dieser Bewegung unmöglich, diese tatsächlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diejenigen Fälle aber, aus denen man auf Grund von Pressemitteilungen oder aus eigener Anschauung schließen zu können glaubt, daß hier ein Gegensatz besteht, brauchen durchaus nicht typisch zu sein. Sie sind weder immer einwandfrei zu beurteilen, noch lassen sie sich irgendwie verallgemeinern. So bleibt hier nur übrig, nicht den Gegensatz zwischen Massen und Führer in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, der ohne Zweifel auch vorhanden ist, festzustellen, sondern zu untersuchen, wie weit heute in dieser Bewegung ein ganz offenes Führertum besteht und in welchem Maße diese „Führer“ ihren Willen bei der Masse durchzusetzen vermögen.

Daß in allen drei Ländern Männer, die meist aus den Kreisen des Bürgertums stammten, kraft ihrer überlegenen Bildung immer eine entscheidende Rolle in der Geschichte der einzelnen Unionen gespielt haben, wurde bereits wiederholt gezeigt. Abgesehen davon, daß diese „Intellektuellen“ ja vielfach erst den Anstoß zu der Gründung einer Union gegeben hatten, traten sie besonders stark bei den zahlreichen Streiks, welche die revolutionären Gewerkschaftler durchkämpfen mußten, in Erscheinung. Alle großen Streiks sind unlöslich verknüpft mit den Namen einzelner Männer, die bei diesen Gelegenheiten vielfach zum ersten Male auftauchten und vermöge ihrer organisatorischen und strategischen Fähigkeiten die Aufmerksamkeit der großen Masse auf sich lenkten. Der amerikanische Lawrence- und der Londoner Dockarbeiterstreik sind hierfür besonders typische Beispiele. In Deutschland genügte es vielfach schon, daß diese Männer bei geeigneten Gelegenheiten durch Wort und Schrift für die Ideen des Generalstreiks und der direkten Aktion theoretisch Propaganda trieben, um sie zeitweise zu Führern der Bewegung zu machen. Diese im Grunde nur natürlichen Erscheinungen würden noch keineswegs dazu berechtigen, von einem ausgesprochenen „Führertum“ in der Bewegung zu sprechen. Denn ein solches besteht erst dann, wenn diese Männer nach Erledigung des Streiks u. dgl. sich nicht entschließen können, ebenso schnell, wie sie aus der Masse auftauchten, auch wieder in ihr zu verschwinden, sondern im Gegen-

teil versuchen, ihre einmal erworbene Position dauernd zu behalten und wenn möglich noch zu verstärken. Und dies ist durchaus der Fall. Der Einfluß, den bestimmte Männer immer wieder auf die Entschließungen einzelner Unionen ausüben, fällt gerade bei dieser Bewegung besonders stark in die Augen. In grundsätzlichen Fragen, wie der der Zentralisation und Dezentralisation, der Partei und des Parlamentarismus, waren und sind es immer wieder dieselben Männer, die in Kongressen, Versammlungen und der Presse das Wort ergreifen und ihre Ansicht und ihren Willen der Masse aufzwingen wollen¹⁾. Erleichtert wird ihre Stellung offenbar dadurch, daß, je tiefer die soziale Stufe ist, auf der sich die Masse befindet, um so stärker bei ihr das Bedürfnis nach Männern vorhanden ist, an die sie sich halten, nach Führern, zu denen sie aufblicken kann. Dieses geht bereits so weit, daß man schon von einem förmlichen „Heroenkultus“ in dieser Bewegung sprechen darf. Diese „heroes of labour“, die sich die Masse geschaffen hat, sind naturgemäß in erster Linie jene Männer, die in Streiktagen und Kämpfen mit Polizei und Militär ihr Leben aufs Spiel gesetzt und nun in Untersuchungshaft und Gefängnissen für ihre Taten zu büßen haben. Der Ruf, den sie bei solchen Gelegenheiten dann an ihre Mitkämpfer zu richten pflegen: „Das haben wir für Euch getan, was tut Ihr nun für uns?“ verfehlt selten seine wohlberechnete Wirkung. Besonders stark tritt dieser Heroenkultus in Amerika in Erscheinung²⁾. Männer wie Debs und Haywood, alte Vorkämpferinnen wie „Mother Johnson“ werden immer wieder in Wort und Bild als „Helden der Arbeit“ gefeiert. Infolge der zahlreichen Widerstände und Verfolgungen von seiten der Unternehmer und der Regierung, die gerade die I. W. W. zu überwinden und bei den großen Streiks, die sie durchzukämpfen hatten, war wohl hierfür der Boden besonders geeignet. Dazu kam, daß gerade bei den Industrial Workers, die bis in die jüngste Zeit noch auf der tiefsten sozialen Stufe standen, das Sehnen nach Führern,

¹⁾ In Deutschland z. B. trat kürzlich die Führerstellung, die Dannenberg im Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland einnahm, so stark in Erscheinung, daß sich dort die Unionisten gegen Angriffe von Berliner Seite dadurch rechtfertigen zu können glaubten, daß sie erklärten, „daß unser Wirtschaftsbezirk nicht „Dannenberg“, sondern vorläufig noch immer „Mitteldeutschland“ heißt“. („Allg. Arbeiter-Union“, 1, S. 14.)

²⁾ „There is no organization in existence having less room for heroworship than the I. W. W.“. (Brissenden, a. a. O., S. 79.)

die sich ihnen zur Verfügung stellten, besonders groß war. Daß sie dann nur zu leicht geneigt waren, diese „ihre“ Führer zu „heroes of labour“ zu machen, ist nur verständlich. Männer, deren Leben und Taten täglich in Wort und Bild vorgeführt wurden, mußten der Masse, je größer der gegenseitige Abstand wurde, um so mehr als „Helden“ erscheinen. Mochten nun die revolutionären Gewerkschaftler aller Länder es bewußt oder nur instinktiv fühlen, daß sie, wollten sie nicht völlig ihre Selbständigkeit und Selbsttätigkeit aufgeben, sich nicht in den Bann dieser Männer begeben dürften — das Resultat war wenigstens dasselbe. Man suchte nach Mitteln, um den Einfluß dieser Männer wenigstens in der engeren Organisation ausschalten zu können. Man ging daran, die Organisation so aufzubauen, daß die Masse selbst allmählich ihr eigener „Führer“ wurde.

3. Die Staats- und Gesellschaftsauffassung der Unionisten.

Man mag Zweifel hegen, ob es möglich ist, die Staatsauffassung der Unionisten aller drei Länder von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus zu betrachten, da sie doch offenbar im weitesten Maße bedingt ist durch die verschiedenen nationalen Anschauungen und Entwicklungen in den einzelnen Ländern. Und in der Tat, vergleicht man etwa die Staatsauffassung der I. W. W., wie sie in ihren Schriften vor dem Kriege zum Ausdruck kommt, mit der der deutschen Unionisten, so lassen sich unschwer ganz verschiedene Auffassungen feststellen. Einig sind sie sich eigentlich nur in ihrer Kritik des bestehenden Staates und der Staatsidee der alten sozialistischen Parteien. Erst während und nach dem Kriege trat hierin eine grundsätzliche Änderung ein. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Rußland und der von der 3. Internationale veröffentlichten Schriften sahen sich die Unionisten aller Länder ebenso wie die übrigen Sozialisten gezwungen, irgendwie zum russischen Räte-System Stellung zu nehmen. Je mehr die kommunistische Bewegung Eingang in den Industrieländern gewann, um so mehr war man genötigt, die eigene Bewegung mit der russischen zu vergleichen und zu versuchen, sich über die prinzipiellen Unterschiede klar zu werden. Aus der Opposition zu dem marxistischen Staatsideal und der neuen Stellung, in die man sich aus der alten syndikalistischen

Staatsverneinung unter Einwirkung der russischen Räteidee gedrängt sah, krystallisierte sich allmählich eine neue einheitliche „Staatsauffassung“ aus den Schriften heraus. Wenngleich sie vorerst längst nicht soweit ausgebildet ist, wie die ihrer Gegner, so läßt sich doch ein Zentralgedanke klar herauschälen, der allen Unionisten gemeinsam ist, und der unter verschiedenen Formen je nach der verschiedenen gesellschaftlichen Anschauung, dem verschiedenen Grade der Entwicklung der Bewegung und dem verschiedenen Temperament der einzelnen eine verschiedene Gestalt angenommen hat. Daß diese einheitliche Staatsidee der Unionisten in ihren Schriften nicht immer klar zutage tritt, ja bis zu einem gewissen Grade immer nur eine Idealkonstruktion bleiben muß, nimmt nicht Wunder, wenn man bedenkt, welche gegensätzlichen Anschauungen noch heute in den verschiedenen Ländern, selbst innerhalb der einzelnen Länder in Fragen wie Politik und Wirtschaft, Zentralismus und Föderalismus herrschen.

Einig sind sich zunächst alle Unionisten, ob sie nun dem Marxismus, Syndikalismus oder gar dem Anarchismus näher stehen, in ihrer Kritik des bisherigen Staates. Ganz wie Marx und Engels suchen auch sie zu beweisen, daß der augenblickliche kapitalistische Staat nur als organisierte Gesamtheit der besitzenden Gesellschaftsklasse angesehen werden kann. „Der Staat ist die organisierte Zwangsgewalt der jeweils herrschenden Klasse . . . er ergibt sich aus der Notwendigkeit der Unterdrückung der Arbeiterklasse¹⁾.“ Dabei ist es bezeichnend für die Unionisten, daß auch sie ebenso wie Marx und Engels sich zum Beweise dieser These der materialistischen Geschichtsauffassung bedienen. Denselben Gedanken, den Engels mit den Worten ausdrückt: „(Wir) finden, daß in der modernen Geschichte der Staatswille im ganzen und großen bestimmt wird . . . durch die Übermacht dieser oder jener Klasse, in letzter Instanz durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Austauschverhältnisse²⁾“, findet man in allen ihren Schriften in ähnlicher Form wieder³⁾. Der Staat ist eben nach ihrer Meinung

¹⁾ „Der Unionist“, I. II. — „Two facts stand out prominently in an examination of modern society: First, the proletariat is the subject class, and second, the special function of the state is to keep the proletariat in subjection.“ (Woodruff, *The Advancing Proletariat*, a. a. O., S. 20.)

²⁾ Friedr. Engels, *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, 5. Aufl., Stuttgart 1910, S. 49/50.

³⁾ Vgl. z. B. Woodruff, *The Evolution*, a. a. O., S. 37, Rocke, a. a. O., S. 11 ff., „*The Socialist Standard*“ passim.

nur deshalb da, weil die Volksgemeinschaft, über die der Staat waltet, keine einheitlichen wirtschaftlichen Interessen hat, sondern sich in zwei verschiedene Klassen scheidet, die eben vorhanden sind, weil die Produktionsmittel und der Produktionsertrag nicht Gemeingut sind. Um die aus diesem gesellschaftlichen Verhältnis notwendig sich ergebenden Gegensätze in einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten, bedürfe die stärkere, d. h. die im Besitz der Produktionsmittel befindliche Klasse, einer Organisation, die sie ganz nach ihrem Willen ausgestalten und verwandeln könne. Das sei aber der Staat. „Militär, Gericht, Polizei, Kirche, Schule und Sozialgesetzgebung sind die staatlichen Unterdrückungsmittel und sozialen Beruhigungsmethoden. So bedingt die Klassengesellschaft den Staat¹⁾.“

Dieser kapitalistische Staat trägt aber heute nach Ansicht der Unionisten bereits einen doppelten Kern der Zersetzung in sich: von seiten des Bürgertums wie von Seiten der Arbeiterschaft wird sein Bestand mehr und mehr untergraben. Der Staat vom Standpunkt des Bürgertums aus betrachtet als Instrument der herrschenden Klasse scheint ihnen mit seinem ständig wachsenden Finanzbedarf heute selbst nicht mehr den Interessen des Kapitals zu entsprechen. Es sei zwar offenbar, daß er immer noch einen Klassenstaat, einen Machtapparat des Kapitals zur Unterdrückung der Arbeiter darstelle, aber unter den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen erfülle er diesen Zweck nur unvollkommen und gar zu kostspielig. Immer stärker glauben die Unionisten wahrnehmen zu können, daß sich gerade das ausschlaggebende Großkapital allmählich von diesem, ihrem alten Staat abwendet, dessen Verwaltungskosten es möglichst zu drücken trachtet. Statt dessen sucht es sich einen neuen, zweckentsprechenden Apparat zu schaffen. Im Inneren des Landes geht die Entwicklung mehr und mehr dahin, daß sich die Unternehmer, wie der letzte englische Bergarbeiterstreik und die Unruhen in Mitteldeutschland ihnen zur Genüge bewiesen habe, eigene Organisationen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung ihrer Betriebe errichten. Aber auch nach außen — und das sei das wichtigere — verfolgen die großen Unternehmungen, die verschiedenen Kartelle und Trusts, ihre eigene Wirtschafts- und Preispolitik zur Beherrschung neuer Absatz- und Rohstoffgebiete, ungeachtet der „staatlichen“ Vorschriften. Ihr

¹⁾ „Der Unionist“, I, 11.

alter „offizieller“ Staat verliert mehr und mehr an Bedeutung, es bildet sich ein neuer „Staat im Staat“. Diese ganze neue Entwicklung sucht sich in Wahrheit nur den längst veränderten ökonomischen Verhältnissen anzupassen, sie ist nur der äußere Ausdruck dafür, daß der politische Überbau dem technischen und wirtschaftlichen Fundament der Gesellschaft nicht mehr entspricht. Während der alte bürgerliche Staat nach ihrer Meinung dazu bestimmt war, als eine dritte Macht die Klassengegensätze unter Vorherrschaft des Kapitals gewaltsam niederzuhalten, organisierte sich nunmehr das Bürgertum unter Führung des Großkapitals in sich selbst. Damit vollzieht sich aber nur ein Teil jenes geschichtlichen Prozesses, durch den die künstlich zusammengehaltenen Klassen auseinandergeraten und als getrennte Faktoren auch nach außen offen in Erscheinung treten¹⁾. Denn gleichzeitig, und das ist die zweite Zersetzungserscheinung im augenblicklichen Staate, organisiert sich die revolutionäre, stets wachsende Arbeiterschaft, ohne sich irgendwie noch auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder dem parlamentarischen Staate einzulassen, auf neuer zweckentsprechender Grundlage, um so dem Kapital als gleichberechtigte Macht auf dem Kampffelde entgegenzutreten zu können. Durch diese neue Konstellation ist aber der Klassenkampf auf seinen beiden Fronten historisch weiter entwickelt als der politische Überbau, der Staat, der den Zweck hatte, den Klassenkampf in einem für die Gesellschaft erträglichen Rahmen zu halten. Der Staat in seiner jetzigen Form hat, so folgern die Unionisten, keine Berechtigung mehr. Ein Neues muß an seine Stelle treten.

Gehen bereits die Unionisten in ihrer historischen Betrachtung des Staates weit über die Auffassung eines Marx, ja selbst Lenin hinaus, so zeigen sich prinzipielle Unterschiede allerdings erst in der Frage, wie man nun das nächste Ziel der sozialen Revolution zu erreichen und sich in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen habe. Einig sind sich allerdings alle Unionisten mit Marx und Lenin, daß es sich dabei nur um einen neuen Klassenstaat handeln könne, eine proletarische Organisation der Macht und des Zwanges zur Unterdrückung des Widerstandes der bisher herrschenden Klasse. Denn das liegt ja im Begriff eines jeden Staates, also auch des proletarischen Klassenstaates, daß er der organisierte politische Machtapparat der herrschenden Klasse ist²⁾. Gerade darin

¹⁾ Vgl. z. B. „Der Proletarier“, Jahrg. 1, Heft 5.

²⁾ „Der Staat ist eine besonders organisierte Gewalt, die Organisation einer

unterscheiden sich die Unionisten prinzipiell von den Syndikalisten, daß sie den Staat nicht überhaupt ignorieren, wie jene, sondern sich auch die Eroberung der politischen Macht zur Aufgabe setzen. Dabei vermeiden sie es aber nach Möglichkeit, das Wort „Staat“ zu gebrauchen, das sie bezeichnenderweise durch „politische Macht“ ersetzen, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ihre Staatsauffassung irgendwie identisch wäre mit der der übrigen Sozialisten.

Das ist jedoch das wesentlich Neue in der Auffassung, daß sie nicht das Hauptgewicht auf die Eroberung der politischen, sondern der wirtschaftlichen Macht legen. Während Marx im Kommunistischen Manifest das Proletariat erst die politische Macht ergreifen und dann erst die ökonomischen Eigentumsverhältnisse durch das Proletariat gewaltsam umändern läßt — ein Gedanke, den Lenin in seinen theoretischen Schriften wieder aufnimmt (ohne allerdings zu sehen, daß Marx in dieser Frage zu verschiedenen Zeiten verschiedener Auffassung gewesen ist¹⁾) — gehen die Unionisten bewußt umgekehrt vor oder suchen wenigstens, wie einige deutsche und englische Unionisten, beide Machtmittel zugleich zu ergreifen. Je nach der Stärke, in der in den einzelnen Bewegungen noch der syndikalistische Gedanke lebendig ist, mißt man auch der politischen Macht mehr oder weniger große Bedeutung zu. So hat z. B. auch gerade in letzter Zeit bei den Industrial Workers, die zweifellos noch am stärksten von syndikalistischen Ideen beeinflußt sind, unter dem Eindruck der russischen Ereignisse diese Auffassung von der Notwendigkeit der politischen Macht wieder Boden gewonnen. Aber gemeinsam ist doch allen der Gedanke, daß sich das Proletariat durch zweckentsprechende Organisationen zunächst in Besitz der wirtschaftlichen Macht zu setzen hat, bevor es überhaupt einen Zweck hat, die politische Macht zu ergreifen²⁾.

Macht zur Vergewaltigung irgendeiner Klasse“, sagt Lenin (Staat und Revolution, Berlin 1918, S. 23) im Anschluß an die Definition im Kommunistischen Manifest. Und ebenso erklären die Unionisten, daß die Arbeiterklasse sich nur befreien kann, wenn sie den Staat, das ist „die politische Macht sich erobert gegen den Willen der Besitzenden, und wenn sie die politische Macht, den Staat, anwenden wird, um die Befreiung endgültig zu machen“. (Roche, a. a. O., S. 13.)

¹⁾ Vgl. Heinrich Cunow, Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Bd. I. Berlin 1920, S. 320 ff.

²⁾ „The prime consideration of the proletariat is not to take over the powers of government by a mere conquest of the political state... but to develop and organize its economic powers, so that it may proceed by methods of its own to destroy the class power of its opponents.“ (Woodruff, The Evolution, a. a. O., S. 37.)

Hieraus ergeben sich nun weitgehendste Konsequenzen. Es ist klar, daß selbst das vorläufige Ziel der proletarischen Revolution, der proletarische Klassenstaat, bei dieser Taktik noch in weite Ferne gerückt ist. Kommt doch für die Unionisten überhaupt nicht die Möglichkeit in Frage, daß irgendeine sozialistische Partei infolge innerer oder außenpolitischer Ereignisse auf die Dauer die Staatsgewalt in Händen halten kann, ohne daß schon vorher die Arbeiter in den Betrieb hineingewachsen wären. Nur in dem Maße wie die Unionen Verbreitung finden und sich gegenseitig fester zusammenschließen, die ganze Arbeiterschaft revolutionärer und klassenbewußter wird und die Einheitsorganisation zwischen Arbeiter- oder Industrial Union mit eventuellem Einschluß einzelner revolutionärer antiparlamentarischer Arbeiterparteien Fortschritte macht, kurz in dem Maße, wie die soziale Revolution sich weiter fortentwickelt, rückt dieses erste Ziel näher. „Die allmähliche Durchsetzung des Rätegedankens als eines revolutionären Prozesses ist der Gradmesser der Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats. Die Entwicklung der Union ist der Gradmesser für das Herannahen der neuen Gesellschaft“, heißt es in einem der neuen Programmentwürfe der Allgemeinen Arbeiter-Union. In diesen beiden Sätzen tritt der Unterschied der Unionisten in der Frage der „Reife des Proletariats“ zur Übernahme der neuen Macht gegenüber den Bolschewisten am besten zutage. Glaubte Marx, daß die Erfüllung sozialistischer Forderungen an bestimmte ökonomische Voraussetzungen gebunden sei, so erklärt im Gegenteil Radek dies als eine rein „mechanistische Auffassung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, der aus diesem schließlich nur ein mechanistisches Rechenexempel macht. Es genüge völlig, daß der Kapitalismus solche Leiden und Not über das Volk gebracht habe, daß in breiten Schichten der Arbeiterschaft der „Wille zur Tat“, zur Revolution vorhanden sei¹⁾. Demgegenüber glauben die Unionisten, daß man eben erst dann von einer „Reife des Proletariats“ sprechen könne, wenn beide Voraussetzungen, die ökonomischen und die psychologischen erfüllt seien. Da nach ihrer Ansicht die Bedingungen auf seiten des Kapitals in den Industrieländern längst vorhanden sind, so suchen sie diese jetzt mit verdoppelter Energie auch auf seiten der Arbeiterschaft zu schaffen.

¹⁾ Karl Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Berlin 1919, S. 13. — Die Schrift ist als Gegenschrift gegen Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ gedacht.

Sobald allerdings diese Sachlage gegeben ist, zögern sie keinen Augenblick, auch die politische Macht zu ergreifen, und zwar unter der Form der „Diktatur des Proletariats“, die bei ihnen nun allerdings ebenso wie bei den Bolschewisten eine doppelte Seite, eine politische und eine wirtschaftliche hat. Es ist auffallend, wie dieses Schlagwort unter dem Einfluß der russischen Schriften und Ereignisse in den letzten Jahren bei den Unionisten an Boden gewonnen hat. Bis zum Kriege ist von einer „Diktatur“, die mit politischen Machtmitteln: Waffengewalt, Ungesetzlichkeit, Beschränkung der Eigentumsverfügung u. dgl. ausgeübt wird, in den Schriften der I. W. W. und in denen der englischen Syndikalisten überhaupt noch nicht die Rede. Alle Umwälzungen sollen allein durch wirtschaftliche Aktionen herbeigeführt werden. Wie es ja auch heute noch für die Syndikalisten besonders in Deutschland bezeichnend ist, daß sie als Staatsgegner auch die Diktatur, in der sie den Ausdruck einer politischen Betätigung des Proletariats sehen, ablehnen¹⁾. Demgegenüber setzt sich jetzt bei den Unionisten aller drei Länder, die ursprünglich ja auch zum größten Teil vom Syndikalismus herkamen, mehr und mehr der Gedanke durch, daß der Kampf um die Produktionsmittel in ungleich höherem Grade als bisher angenommen noch einen Kampf um die Staatsgewalt darstellt. Daraus aber folgt für sie im Gegensatz zum Syndikalismus, daß dieser Kampf neben den wirtschaftlichen Kampfmitteln auch die zeitweise Anwendung von allen politischen, den bewaffneten Aufstand einbegriffen notwendig macht. Die Diktatur des Proletariats ist ihnen heute die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des proletarischen Klassenstaates. Auf einer Konferenz der internationalen revolutionären Gewerkschaften in Berlin (16.—21. Dezember 1920) erklärten sich die Vertreter der englischen Shop-Stewards und der I. W. W. ebenso wie die russischen Revolutionäre ausdrücklich für die Diktatur des Proletariats, da sie keinen anderen Weg sähen, um vom Kapitalismus zum Sozialismus zu kommen²⁾. Dennoch unterscheiden die

¹⁾ „Das, was man heute unter Diktatur des Proletariats versteht . . . das ist die Eroberung des Staates und die Einführung des Sozialismus durch die politische Staatsmacht . . . Dies ist nicht der Weg der freiheitlich syndikalistischen Sozialisten.“ „Der Syndikalist“, Jahrg. 1920, Nr. 10. — Vgl. auch Karl Diehl, Die Diktatur des Proletariats und das Räte-system. Jena 1920, S. 71 ff.

²⁾ Vgl. „Industrial Pioneer“, Chicago (I. W. W.) 1921 Bd. I, Nr. 3, S. 37 ff.

Unionisten sich in einem wesentlichen Punkt von den Bolschewisten. Ganz konsequenterweise machen sie ihnen von ihrem Standpunkt aus zum Vorwurf, daß die bolschewistische Diktatur nur eine Diktatur der Minderheit, einer einzigen kleinen politischen Partei sei, während es doch gerade den Grundgedanken des Kommunistischen Manifestes bilde, daß, nachdem alle bisherigen Bewegungen von Minoritäten im Interesse von Minoritäten gewesen seien, die proletarische Bewegung die einzige selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl sein müsse. Diese Bedingung ist aber für Westeuropa und Amerika durchaus noch nicht erfüllt. Erst wenn die Mehrzahl der im Produktionsprozeß Tätigen sich in den Unionen organisiert hat, kann die Diktatur erfolgreich durchgeführt werden ¹⁾.

Wie lange diese Diktatur dauern soll, wird sich ganz nach den bestehenden Verhältnissen richten; ihre Dauer ist nach Meinung der Unionisten abhängig vom Verschwinden der alten Macht. Diese Übergangszeit soll unter dem Schutz des proletarischen Klassenstaats in erster Linie zum Ausbau ihrer eigenen Wirtschaftsorganisationen und zur Übernahme der Unternehmungen benutzt werden, während vorerst noch der kommunistische Ausbau der „Gemein- und Bedürfniswirtschaft“ zurückzutreten hat. Die von der Arbeiterschaft auszuübenden politischen und wirtschaftlichen Funktionen haben noch nebeneinander herzugehen. Neben der politischen Zentrale, dem Staat, der mit seinen Unterorganen, den politischen Räten, die Aufgabe hat, die Klassenherrschaft mit politischen Mitteln zu sichern, haben die wirtschaftlichen, in einer Zentrale zusammengefaßten Räte ihre besonderen Funktionen zu erfüllen. Die Unionisten geben durchaus zu, daß in dieser Übergangszeit straff organisierte Zentralgewalten notwendig sind, die sich im Prinzip nur wenig von den jetzigen Staatsorganen unterscheiden werden, um überhaupt eine Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung

„What will be required then is a social organ representing the power of the proletariat and which, of necessity, is prepared to establish the proletarian power by means of force . . . The chief thing is to overthrow the dictatorship of the bourgeoisie, which can only to be attained through the temporary dictatorship of the working class.“ (S. 38.)

¹⁾ „This (the dictatorship) can not and may not be the dictatorship of a party, nor that of the trade union, but of the organisation of labor in the widest sense of the word, i. e. of all who are concerned in the production. Now the „dictatorship of the proletariat“ can be replaced by „the power of the working class“. „Ind. Pioneer“, a. a. O., S. 39.

und des übrigen Produktionsprozesses zu ermöglichen. Erst nach endgültiger Sicherstellung ihrer Macht und dem völligen Ausbau ihrer Räteorganisation tritt in diesem Organisationssystem ein prinzipieller Unterschied ein: an Stelle des Staats tritt die klassenlose Gesellschaft, an Stelle des Staatssozialismus der Gruppensozialismus. Ganz allmählich werden die politischen und wirtschaftlichen Organisationen organisch zusammenwachsen und schließlich völlig ineinander aufgehen. Politik und Wirtschaft werden von denselben Organen ausgeübt werden; die Einheitsorganisation, die klassenlose Gesellschaft tritt ins Leben. Dieses Ziel wird sich mit fortschreitender Verwirklichung der Gemeinwirtschaft als eines Produktionssystems der kommunistischen Gesellschaft organisch seiner Verwirklichung nähern ¹⁾.

Diese Auffassung der Unionisten von dem schließlichen Absterben des proletarischen Klassenstaates deckt sich im wesentlichen mit der klassischen Schilderung, die Engels im „Anti-Dühring“ gibt ²⁾, und nähert sich in dem Gedanken der Verwandlung der Gewerkschaften in Produktivgenossenschaften in gewisser Beziehung der Ansicht von Marx, wie er sie in der „Zweiten Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation“ zum Ausdruck gebracht hat ³⁾. Dabei ist es bezeichnend, daß auch die Unionisten — wenigstens die amerikanischen und deutschen, bei den englischen konnte dieser Gedanke nicht festgestellt werden — hier mit derselben psychologischen Hypothese arbeiten, die sich später bei Lenin ⁴⁾ findet: der der Gewöhnung. Es ist der Gedanke, daß in einer nach den Gesichtspunkten der Bedürfnis- und Gemeinwirtschaft geleiteten Gesellschaft auch die Menschen gänzlich umgewandelt und die jetzt herrschende und die beherrschte Klasse sich daran gewöhnen werden, ohne Zwang, Hungerpeitsche und Staatsgewalt ihre volle Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung zu

¹⁾ Vgl. Karl Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft. Berlin 1920, passim.

²⁾ Vgl. Fried. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 6. Aufl. Stuttgart 1907, S. 301—302.

³⁾ „Während sich im Kommunistischen Manifest das Proletariat der Staatsgewalt bemächtigt, durch diese „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zentralisiert“ und dadurch die sozialistische Gesellschaft herstellt, baut sich nach der Annahme der Generalratsadresse die neue Gesellschaft nicht auf der zentralisierten Staatsgewalt, sondern auf der Grundlage der sozialisierten Kommune auf und macht dadurch die Staatsgewalt überflüssig.“ (Cunow, a. a. O., S. 324 f.)

⁴⁾ N. Lenin, Staat und Revolution, a. a. O., S. 75—76.

stellen¹⁾. Erst in diesem Stadium wird die neue klassenlose Rätegesellschaft zur Wirklichkeit werden.

Wenn man überhaupt von einer einheitlichen „Staatsauffassung“ der Unionisten sprechen darf, so kristallisiert sie sich unzweifelhaft um den Gedanken der „Räteidee“. Er ist sicherlich der leitende Gedanke, der — unklar und wenig durchgearbeitet bei den I. W. W., langsam und nur zögernd von den englischen revolutionären Gewerkschaftlern angenommen und allgemein verbreitet und ständig gefordert bei den deutschen Unionisten — allen drei Bewegungen zugrunde liegt und ihnen Form und Inhalt gibt. Das Räte-system, das heute in allen Richtungen der internationalen Arbeiterbewegung zur Diskussion steht, hat in der Unionsbewegung auf Grund ihrer eigentümlichen Struktur auch seine besondere Ausprägung erhalten. Unzweifelhaft sind die Unionisten auch hier in ihren Vorstellungen, wie in denen vom kapitalistischen und proletarischen Klassenstaat wesentlich von den Schriften Marx-Engels' und besonders Lenins beeinflusst worden, aber doch erst, nachdem sie längst vorher den Rätegedanken auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, in denen sie sich befanden, konzipiert hatten.

Wie so viele ähnliche Bewegungen, muß auch die Rätebewegung vorerst nur allgemein als eine Reaktionserscheinung gegenüber der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung und den politischen und geistigen Ideologien der Arbeiterschaft der letzten Jahrzehnte angesehen werden. Die besonders durch die Kriegswirtschaft in allen Industrieländern stark geförderte technische und organisatorische Rationalisierung der Wirtschaftsführung — von Marx vorausgeahnt und in ihren Wirkungen beschrieben — fand ihre äußere „Widerspiegelung“ in den sozialistischen Lehren jener Zeit. Der Gedanke des Staatssozialismus, der „nationalisation of the means of production, distribution and exchange“ wurde zum festen Bestandteil all jener Marx-Jünger, die das, was nach ihrer Meinung ihr Lehrmeister früher nur erst angedeutet hatte, jetzt auf Grund der tatsächlich erfolgten Entwicklung sicher voraussetzen zu können glaubten. In einem Volke wie dem englischen, in dem der „Wille zur individuellen Selbstherrlichkeit so stark und grundsätzlich ist“, „wo in der Wesenstruktur des Volkes die Abneigung gegen alle Bindung und

¹⁾ Vgl. Woodruff, *The Advancing Proletariat*, a. a. O., S. 20, und *The Evolution of Democracy*, a. a. O., S. 35 ff.; Schröder, a. a. O., S. 10.

Freiheitsbeschränkung zutiefst begründet liegt“¹⁾, machte sich die Reaktion gegen diese Gedanken der Staatsintervention und überspannten Zentralisation zuerst bewußt geltend. Das „Staatsideal“ der Gildensozialisten fand unter der jüngeren Generation der Arbeiterschaft immer mehr Verbreitung. Man suchte einen Ausgleich zu schaffen zwischen der auf der einen Seite mit unabwendbarer Notwendigkeit weiter fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Produktionsprozesses, der Entpersönlichung und Mechanisierung der Arbeit und dem auf der anderen Seite sich immer stärker geltend machenden Willen der Arbeiter, selbstschaffend teilzuhaben an der Wirtschaftsführung, ein tätiges Glied im Gesamtorganismus zu bilden. Nicht den ungeheuren, alles in sich verschlingenden sozialistischen Staatsmechanismus, in dem der einzelne nur ein totes Rad bildet, glaubt und will man als das endgültige Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung sehen, sondern autonome, nur lose miteinander verbundene Wirtschaftseinheiten; nicht Staatssozialismus, sondern Gruppensozialismus lautet die Forderung des Tages. Dabei ist es bezeichnend für die Unionisten aller Länder, daß, obgleich sich z. B. auch unter den englischen Gildensozialisten, wie einst unter den französischen und noch heute unter den deutschen Syndikalisten eine Richtung findet, die in den mittelalterlichen handwerksmäßigen Gilden diejenige ideale Organisationsform sehen, auf die man zurückgreifen müsse, sie im allgemeinen bewußt an das Bestehende anknüpfen wollen. Klar erkennen sie, daß es nicht mehr möglich ist, das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzudrehen, daß allein auf Grund der bestehenden Struktur des Wirtschaftslebens und der aus ihr sich ergebenden Arbeiterorganisationen das zukünftige Gemeinwesen aufgebaut werden kann. Welches auch immer im einzelnen die Ausgestaltung der Räteidee bei den Unionisten sein mag, der Wesenskern, der ihr zugrunde liegt, ist der Wille der gewerkschaftlichen Massen, frei zu sein und als Mensch zu gelten, sich neben politischen Bürgern in erster Linie auch als gleichberechtigter Wirtschaftsbürger zu fühlen, kurz der Gedanke der „industriellen Demokratie“²⁾.

¹⁾ Charlotte Mendelson, *Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung Englands*. Berlin 1921, S. 53: *Soziologische Probleme der Gegenwart*.

²⁾ „... the principle should be plain. It is a vigorous reaction from the theory of the centralised, all-inclusive State to a devolution of power along the lines of functional democracy. It is an attempt to devise social machinery that will adequately express the various interests and activities of men in a complex modern society.“ Ivor Brown, *English Political Theory*. London 1920, S. 165.)

Je zweifelhafter dieser sozialen Schicht der Arbeiterklasse auf Grund ihrer gemachten Erfahrungen der Wert der politischen Demokratie erscheint, desto ungestümer fordern sie die wirtschaftliche Demokratie, die Gleichberechtigung aller im Produktionsprozeß Tätigen. Dabei sind sie sich durchaus bewußt, daß dieses Ideal vorerst noch in weiter Ferne liegt. Zunächst wollen sie einmal innerhalb ihrer eigenen sozialen Klasse im weitesten Sinne des Wortes die wirtschaftliche Gleichberechtigung und das Miteinanderverbundensein durchführen ohne doch gleichzeitig auf die notwendig stärker werdende Konzentration und Uniformierung ihrer Gewerkschaftsorganisation zu verzichten. In den Shop-Committees, Betriebsorganisationen und Industrial Unions glauben sie am besten den Schichtenausgleich zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern herbeiführen und dem Streben jedes Arbeiters nach persönlicher Freiheit und gleichzeitigem Mitwirken an einer gemeinsamen Aufgabe Rechnung tragen zu können. Diese Organisationen haben die Wirtschafts- und Verwaltungseinheit in der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft zu bilden, von hier aus hat die soziale Umschichtung und geistige Erneuerung innerhalb der Gesellschaft auszugehen. Einerseits in dem klaren Erkennen der Antinomie zwischen der notwendig sich vollziehenden wirtschaftlichen Entwicklung und dem ihr entgegengesetzten sozialen Wollen der gewerkschaftlichen Massen, andererseits in dem von ihnen eindeutig bestimmten Lösungsversuch liegt das charakteristisch Neue der „Staatsauffassung“ der Unionisten gegenüber den verschiedenen Lösungsversuchen von Marx¹⁾ und selbst dem Rätegedanken Sowjet-Rußlands.

Sucht man den Rätegedanken historisch zurückzuverfolgen, so tritt er einem zunächst — roh und unausgeglichen — in den Schriften der I. W. W. entgegen. Der Amerikaner De Leon²⁾ formulierte zuerst den Gedanken des Räteystems in der Art, daß die zukünftige Gesellschaft nicht innerhalb bestimmter geographischer Grenzen von oben her organisiert, sondern auf Grundlage bestimmter Wirtschaftseinheiten, der Industrial Unions, von unten aufgebaut werden müsse. Dieser Gedanke, der dann später nicht ohne direkten Einfluß De Leons von Lenin in seinen Schriften aufgenommen und weiter durchdacht wurde³⁾, bildete den Kern,

¹⁾ Vgl. Hans Kelsen, Sozialismus und Staat. „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“. Jahrg. 9, Heft 1, S. 12 ff.

²⁾ De Leon, Prinzipienklärung, a. a. O., passim.

³⁾ Arthur Ransome schreibt in seinem Buche: „Russia in 1919“. New

aus dem sich später die unionistische Vorstellung von der klassenlosen Gesellschaft entwickelte. Daß im weiteren Verlauf die englische „work shop movement“ und die deutsche Unionsbewegung in ihrer Auffassung der Rätegesellschaft sehr stark von der russischen Räteidee beeinflusst sind, unterliegt keinem Zweifel. Die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung in diesen Ländern und die Propaganda des Sowjetgedankens in Wort und Schrift zwangen auch die Unionisten, wie ein Blick auf ihre Presse und Zeitschriften zur Genüge beweist, sich zum mindesten mit ihm auseinanderzusetzen.

Es ist letzten Endes der Gegensatz von Staat und Gesellschaft, den die Unionisten zum erstenmal seit Marx wieder theoretisch klar herauszustellen und in seiner Wesensverschiedenheit zu erkennen suchen. Während z. B. die englischen Sozialisten in den letzten Jahrzehnten diesen Gegensatz begrifflich überhaupt nicht scharf erfaßten, Staat und Gesellschaft fortwährend miteinander gleichsetzten¹⁾, glaubten im Gegenteil die deutschen Sozialisten die Marx'sche Staatsauffassung dahin interpretieren zu müssen, daß der sozialistische Staat sich mehr und mehr aus einem Obrigkeitsstaat zu einem Wirtschafts- und Verwaltungsstaat entwickeln werde; von einem endlichen Übergang des Staates in die klassenlose Gesellschaft könne keine Rede sein. Immer mehr ging man dazu über, auch für die zukünftige sozialistische Gesellschaft den Staat zu bejahen, selbstverständlich nicht, „ohne daß sich im Wesen des Staates etwas zu verändern brauche“²⁾. Demgegen-

York 1920, S. 120—121: „Lenin said he had read in an English socialist paper a comparison of his own theories with these of . . . De Leon. He had then borrowed some of De Leons pamphlets from Reinstein (who belongs to the [Socialist Labor] Party, which De Leon founded in America), read them for the first time, and was amazed to see how far and how early De Leon had pursued the same train of thought as the Russians. His theory that representation should be by industries, not by areas, was already the germ of the soviet system . . . Some days afterwards I noticed that Lenin had introduced a few phrases of De Leon's . . . into the draft for the new program of the Communist (Bolshevik) party.“ (Zit. nach Brissenden, a. a. O., S. 241 f.)

¹⁾ Vgl. Brown, a. a. O., S. 153 ff.

²⁾ Kautsky, Das Erfurter Programm. 13. Aufl. Stuttgart 1919, S. 129. — Bezeichnend für diese ganze Auffassung ist folgende Stelle in dem kürzlich erschienenen Buch von Cunow, . . . „die neue Entwicklungsphase wird nicht, wie Marx unterstellt, darin bestehen, daß der kapitalistische Staat unter Übertragung seiner Funktionen auf die Gesellschaft sich in diese auflöst, sondern daß an seine Stelle auf der Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung ein neuer, höher ent-

über suchen die Unionisten zunächst einmal wieder an die begriffliche Unterscheidung von Staat und Gesellschaft bei Marx anzuknüpfen und von hier aus weiterzubauen. Auch für sie ist ja der Staat wie bei Marx-Engels in jeder Form nur ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe, eine politische Verwaltungs- und Territorialgemeinschaft zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere. Demgegenüber ist ihnen die Gesellschaft nur ein Kreis von Personen, die durch bestimmte wirtschaftlich bedingte Lebensverhältnisse miteinander verbunden sind. Mit dem Aufhören eines jeden äußeren politischen Zwanges, mit der Beseitigung der Klassen muß notwendigerweise auch jede staatliche Herrschaftsorganisation verschwinden. Was allein als wesentlich übrig bleibt, ist ein Miteinanderverbundensein der Gesellschaftsglieder unter bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen zur Befriedigung allgemeiner wirtschaftlicher Bedürfnisse. An die Stelle des Staates tritt die Gesellschaft, an die Stelle des Staatswillens der Gesellschaftswille. Die neue Gesellschaft ist nach ihrer Meinung keineswegs an nationale Grenzen gebunden. „Das Ziel ist die Menschheit als klassenlose Gesellschaft, als wirtschaftende Einheit orientiert an der Forderung des bestmöglichen Ausgleiches nach jeder Richtung, der bestmöglichen Schaffung der Bedingungen sozialen Lebens“¹⁾. Mit der fortschreitenden Ausbreitung sozialistischer Wirtschaftsgruppen wird auch notwendigerweise eben jene fortschreitende Gemeinwirtschaft entstehen. Immer erneut werden nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten Wirtschaftsbezirke reguliert und ihr Ausgleich wird bis zum endgültigen Ziel der „Weltgemeinwirtschaft“ angestrebt werden²⁾. Dabei wird sich nur diejenige Entwicklung konsequent weiter fortsetzen, die sich bereits in jüngster Zeit unter dem kapitalistischen System angebahnt hat. Wie man heute nur noch in bedingtem Maße vom „kapitalistischen Staate“ sprechen kann, da die Entwicklung durchaus

wickelter Staat tritt: der sozialistische Wirtschafts- und Verwaltungsstaat.“ (a. a. O., S. 319.)

¹⁾ Schröder, a. a. O., S. 11.

²⁾ „The industrial unions are, in turn, bound together in one big union — in the Industrial Workers of the World. . . . World-corporations and world-industry are facts; so also must world labor organisation be.“ (Ebert, a. a. O., S. 72.) — In diesem Punkte unterscheiden sich die englischen Gildensozialisten, die nur von „national guilds“ sprechen, prinzipiell von den englischen „shop stewards“, deren Bestrebungen durchaus international gerichtet sind.

nicht bei der Schaffung einzelstaatlicher Wirtschaftseinheiten stehen bleibt, sondern zum internationalen Weltstaat und Welttrust politischer und wirtschaftlicher Natur hindrängt, so muß erst recht die zukünftige Rätegesellschaft, die aus diesem Prozeß hervorgeht, ihrer ökonomischen Ausrichtung wie ihrer ganzen Ideologie nach über die nationalen, politischen Grenzen hinauswachsen.

Diese scharfe Gegenüberstellung von Gesellschaft und Staat bei den Unionisten hat aber unzweifelhaft ihren letzten tiefen Grund in dem starken Betonen der Wirtschaft gegenüber der Politik. Die Unionisten sind der Meinung, daß in einem bestimmten Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung notwendigerweise das Politische gegenüber dem Wirtschaftlichen zurückzutreten habe, daß an Stelle der Herrschaftsgewalt einzelner oder Gruppen von Menschen über die Andern die Verwaltung von Sachen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse treten werde. Die politischen Ideale, die im demokratischen Staat mit seiner ausgebildeten Minoritätsvertretung ihre höchste Form gefunden haben, beginnen zu verblassen und machen neuen, wirtschaftlichen Idealen Platz, eine Wandlung, die notwendigerweise auch ihren äußeren Ausdruck in einer Änderung der gesellschaftlichen Struktur finden muß. Denn das ist für die Unionisten das Kriterium einer jeden fortschreitenden Entwicklung, da die gesellschaftliche Struktur nicht etwas Starres, Gegebenes, sondern stets Wandelbares und Werdendes ist.

Aus den verschiedensten Anzeichen glauben nun die Unionisten mit Sicherheit schließen zu können, daß sich in den Industrieländern eine neue Epoche gesellschaftlicher Entwicklung anbahnt, daß nicht mehr politische, sondern wirtschaftliche Fragen im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehen, nicht die Politik, sondern die Wirtschaft als beherrschende gesellschaftliche Betätigung zu gelten habe. In dieser Periode kann ein Höherkommen der Menschheit nicht eine Vervollkommnung der politischen Organisationen des Staates bedeuten, sondern eher ein Zurücktreten dieser Mächte und eine Verfeinerung und Differenzierung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Organisationen¹⁾. Den Vorwurf erheben sie gegen die Marxisten, daß jene keinen Unterschied zwischen der politischen und wirtschaftlichen Struktur machen, daß sie blindlings die der politischen Herrschaft immanente zentralistische Organisationsform mit

¹⁾ Ganz ähnliche Gedanken finden sich in dem Buche des Wiener Soziologen Berthold Thorsch, *Sozialisierung und Gesellschaftsverfassung*. Wien 1920.

ihrer Schar von Beamten, Führern und Unterführern auf die ganz anderen Bedingungen unterliegende wirtschaftliche Struktur übertragen wollen. Jede zentralisierte Wirtschaft aber ist politische Wirtschaft, sie bedingt einen Beamtenapparat und Aufstellung von Vorschriften, denen unbedingt Folge zu leisten ist. Politische Parteien werden immer versuchen, ihren Einfluß auf die Zentrale geltend zu machen. So erscheint ihnen auch das „Rätesystem“ Lenins als eine politische Herrschaft¹⁾. Sie leugnen zwar keineswegs, daß auch in der nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten organisierten Gesellschaft noch im weitesten Maße politische Elemente enthalten sein werden. Aus der verschiedenen Bewertung dieser Faktoren für die nächste Zeit ergeben sich ja gerade die Differenzen innerhalb der einzelnen Länder und der einzelnen Unionen in den Fragen der Zentralisation, Politik, Partei und des Führertums. Gemeinsam ist ihnen aber allen, daß sie mit Sicherheit die Richtung zu erkennen glauben, in der sich die fortschreitende Entwicklung vollziehen wird: die Entwicklung von der politischen zur wirtschaftlichen Organisation²⁾, vom Staat zur Gesellschaft. Deshalb kommt für ihre Gesellschaftsverfassung auch nicht der Staatssozialismus, sondern allein der Gruppensozialismus in Frage³⁾. Es ist das Ver-

¹⁾ Die Unionisten nennen ihre Organisation niemals „Rätesystem“, sondern stets „Rätegesellschaft.“

²⁾ „The trend of the times is away from the political towards the industrial way of running society. Political administrations are becoming obsolete for the simple reason that they do not satisfy the needs of the hour . . . In this new scheme of things the industrial unit is to be taken as the point of departure instead of the territorial unit, which makes it impossible to give the necessary attention to industrial requirements. Political organizations are left-overs from an order of society which is fast sinking into oblivion.“ („Industr. Pioneer“, a. a. O., S. 16). — Der Gildensozialist Cole scheint in dieser Frage gerade entgegengesetzter Ansicht zu sein, wenn er auch den Begriff „Politik“ nicht etwa im parteipolitischen Sinne faßt: „Economic action, then, is the first thing now, in order that political action may become the first thing hereafter. Educated in the Unions, the workers must learn to conquer the still greater association of which all, men and women alike, are members . . . Economics will then be seen as only a branch of the true politics, by means of which the people co-ordinates and controls the whole life of the body politic, while it leaves to every part full freedom to express itself in the service of the whole.“ (World of Labor, a. a. O., S. 411, 412.)

³⁾ „The modern reaction against the State has a strong tinge of individualism, and democracy is, in its philosophical essence though by no means always in practice, an individualist theory . . . But the individualism of this century differs from the individualism of last century in its acceptance of the group . . . the group-theorist proves the immense destruction of individual liberty and happi-

dienst der Gildensozialisten, den Gedanken des Gruppensozialismus zuerst in begrifflicher Schärfe herausgearbeitet zu haben¹⁾.

In dem Augenblick, in dem die Unionisten in ihrem Streben nach persönlicher Freiheit und Mitverantwortung am Ganzen, Wirtschaftsgruppen von besonders enger Lebensgemeinschaft — die Betriebs- oder Wirtschaftseinheiten — zu Trägern der neuen Gesellschaft machen, muß sich auch deren Struktur von Grund aus ändern und den Aufgabenkreis jener Wirtschaftsgruppen wesentlich erweitern. Die Beziehungen der einzelnen Gruppen zueinander die freiwillige Unterordnung unter ein gemeinsames Ganzes, das Verhältnis der Konsumenten zu den Produzenten, das der Gesetzgebung zur Verwaltung — überall tauchen neue Probleme auf, die einer grundsätzlich neuen Lösung in der kommunistischen Rätegesellschaft bedürfen.

Wie sich nun die Unionisten im einzelnen den Aufbau dieser Rätegesellschaft denken, davon ein einheitliches Bild zu entwerfen, fällt schwer. Es liegt in der Natur dieser Bewegung, die, wengleich sie vorerst ihr Hauptaugenmerk nur auf Gegenwartsaufgaben richtet, doch im Grunde ganz irrational-romantisch eingeteilt ist, daß sie ihre letzten Ziele im Dunkeln läßt. Dazu kommt, daß ihnen vorerst noch durchaus solche Männer wie Marx und Lenin fehlen, welche die Fähigkeit hätten, abstrakt-theoretische Gedankengänge durchzuführen und zur Darstellung zu bringen²⁾. So soll im folgenden nur auf einige Gesichtspunkte hingewiesen werden, die sich notwendigerweise aus der unionistischen Räteidee ergeben, in den Schriften der Unionisten selbst aber nur selten klar zum Ausdruck kommen.

Ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Auffassung von Marx und Lenin liegt darin, daß die Unionisten auf Grund der völlig anders gearteten Produktionsverhältnisse, unter denen sie leben, eindeutig bestimmen können, von wo aus der Aufbau der neuen Rätegesellschaft zu erfolgen hat. Baut sich bei Marx die zukünftige Gesellschaft auf auf der freien Assoziation der Produzenten,

ness caused by centralisation of administration inside the State.“ (Brown, a. a. O., S. 163, 164, 165.)

¹⁾ Vgl. Schuster, a. a. O., S. 485.

²⁾ Die Gildensozialisten, deren Anschauungen über den „Zukunftsstaat“ in ihren Schriften verhältnismäßig klar herausgearbeitet sind, können hier auf Grund ihrer ganz anderen sozialen Stellung und Bildung keineswegs als Repräsentanten der ganzen Bewegung angesehen werden.

der Kooperativgenossenschaften oder auf der Grundlage der sozialen Kommunen¹⁾, bei Lenin auf den Sowjet-politischen Vertretungskörperschaften, die aus berufsständischen Wahlen der Arbeiterklasse im weiteren bolschewistischen Sinne hervorgehen, so bei den Unionisten allein auf den Unionen (Jobs; Shops oder Betriebsorganisationen)²⁾. Die eigentlich ausführenden Organe der Gesetzgebung und Verwaltung jedoch haben die größeren Wirtschaftsgruppen, die Industrial Unions resp. ihre Vertretungen (Industrial Councils, Bezirks-Wirtschaftsrat) zu sein³⁾.

Wie in der Rätegesellschaft die einzelnen Wirtschaftsgruppen miteinander verbunden sein sollen, ob lose oder straff organisiert, darüber herrscht bei den Unionisten aller Länder heute im Grunde keinerlei verschiedene Ansicht. So weitgehende Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage in den einzelnen Unionen im Hinblick auf die gegenwärtigen, in erster Linie nur aus taktischen Rücksichten zu wählenden Organisationsformen ständig bestanden haben, so einmütig ist man im Hinblick auf die Zukunft. Allein in Frage kommen kann nur ein loser Zusammenschluß der einzelnen Wirtschaftsgruppen⁴⁾. Alles übrige würde dem Wesen der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Demokratie direkt widersprechen, würde einen Rückfall in den Staatssozialismus und die „politische Demokratie“ bedeuten⁵⁾. Auch in dieser Organisationsfrage unterscheiden sich die Unionisten von Marx, den Marxisten und Bolschewisten. Während Marx auf politischem Gebiet als Idealzustand offenbar eine staatslose, freie Gesellschaft annimmt, drängt seine ökonomische Theorie zu der Vorstellung, „daß in der kommunistischen Gesell-

¹⁾ Vgl. Cunow, a. a. O., S. 320 ff.

²⁾ „The job — the shop — is, in the I. W. W. belief, the worker's state, the medium by and through which he will introduce reforms and the new society. Hence, the greater I. W. W. devotion to job organisation in preference to all other activities.“ (Ebert, a. a. O., S. 60.)

³⁾ „These bodies (Industrial Councils) had a definite future rôle as well as an immediate function mapped out for them. Here is given some little conception of the anticipated modus operandi of one part of the co-operative machinery of a future industrial society — of which the I. W. W. is proposing to be the framework.“ (Brissenden, a. a. O., S. 163.)

⁴⁾ Vgl. aber das im Nachwort über die A. A. U. — Richtung Kampf und Gesagte.

⁵⁾ „Future society is to consist of independent groups of workers freely exchanging their products. The proper proportions of investment and production, the ratio of exchange of goods, etc., will automatically be determined, just as they are under competitive industry, only then the competition will be between groups of workers, instead of between individuals.“ (Hoxie, a. a. O., S. 167 f.)

schaft von einer Zentralstelle aus der Produktionsprozeß — und nicht nur dieser, sondern auch zahlreiche andere soziale Funktionen — für ein möglichst weites Gebiet nach einem gigantischen Einheitsplan geordnet und geleitet werden“¹⁾. Diese Antinomie zwischen der politischen und ökonomischen Theorie bei Marx, zwischen dem politischen Ideal der Staatslosigkeit und der ökonomischen Forderung der straffsten Wirtschaftsorganisation, die sich auch in Lenins „Staat und Revolution“ wiederfindet, suchten nun die Marxisten dadurch aufzuheben, daß sie auch an [Stelle der „staatlichen“ freien Gesellschaft den straff zentralisierten sozialistischen Staat setzten. Erst die Unionisten zogen die volle Konsequenz aus ihrer Forderung der Freiheit und Selbstbestimmung und suchten dieses Prinzip auch auf das Wirtschaftsleben zu übertragen²⁾. Man könnte diesen ökonomischen Gesellschaftszustand durchaus als „anarchistisch“ bezeichnen — wie ja auch die anarchistische Richtung in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder lange Zeit mit richtunggebend war, wenn eben nicht an Stelle der einzelnen Individuen ganze Wirtschaftsgruppen, die in Produktivgenossenschaften umgewandelten Gewerkschaften, träten, die ihre Produkte im wechselseitigen Geben und Nehmen zum Austausch bringen.

Der der Rätegesellschaft zugrundeliegende Gedanke der Dezentralisation muß endlich auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung nach grundlegenden Umwälzungen hindrängen, und zwar im Sinne einer weitgehenden Selbstverwaltung der Wirtschaftsgruppen. Sie selbst haben die von ihnen erlassenen Bestimmungen auch durchzuführen, müssen zugleich als gesetzgebende und Verwaltungsorgane fungieren. Die grundsätzliche Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt wird aufgehoben; denn nur durch eine unmittelbare Verbindung der Exekutive mit der Legislative in den Wirtschaftseinheiten werden alle verfügbaren schöpferischen Kräfte in den Massen freigemacht, das Interesse auch des letzten Arbeiters am Ganzen wachgerufen, was notwendig ist, um das auf neuer Grundlage aufgebaute und im neuen Geist geführte Wirtschaftsleben ertragreich zu gestalten. Denn Föderalismus und daraus sich ergebende Vereinigung von

¹⁾ Kelsen, a. a. O., S. 54.

²⁾ Die englischen revolutionären Gewerkschaftler scheinen hier im weitesten Maße von den Gildensozialisten beeinflusst zu sein, die von Anfang an die Forderung des „ökonomischen Föderalismus“ in ihren Schriften vertraten.

Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Wirtschaftsgruppen ist nicht Selbstzweck, sondern entspricht nur dem Streben nach Verlebendigung des Gemeinschaftslebens und des sozialen Ganzen¹⁾, nach Verpersönlichung der einzelnen Glieder²⁾.

Von diesem Gesichtspunkt aus fordern die Unionisten, daß den Wirtschaftsgruppen als gegebenen Einheiten der neuen Rätegesellschaft der volle Anteil an der Organisation der Produktion und der Verwaltung der Industrien zufalle; sie allein müssen die hierfür notwendigen Bestimmungen erlassen. Die Bezirkswirtschaftsräte (Industrial Councils), zusammengesetzt aus den Vertretern der einzelnen Betriebe und Industrial Unions haben in erster Linie als Verwaltungsorgane zu fungieren³⁾. Die jeweilige Zentrale dagegen — der Reichswirtschaftsrat, der General Executive Board —, die zunächst noch an der Spitze des einzelnen Landes steht, später aber mit der weiteren Ausbreitung und Ausgestaltung der Unionen die Zusammenfassung von Wirtschaftsbezirken der verschiedensten Länder bilden soll, hat nur zur Lösung bestimmter Aufgaben große Richtlinien aufzustellen, nach denen sich die einzelnen Wirtschaftsgruppen zu richten haben⁴⁾. „... ihren Ausgangspunkt nehmend vom Betrieb, selbstverständlich nicht verwurzelt im Einzelbetrieb, wird die Räteorganisation sich in ihrer Ausgestaltung, in ihren Methoden grundsätzlich anders erweisen als die alte Organisation“⁵⁾, — anders aber auch als die der Gildensozialisten. Denn während die Unionisten diesen Wirtschaftskörpern im Prinzip alle Aufgaben zuweisen wollen, ist es doch gerade der neue Gedanke der Gildensozialisten, eine Trennung der verschiedenen wirtschaftlichen und

¹⁾ „Die neue Organisation wird ihre stetig fließende Kraftquelle finden und suchen müssen im Sozialen, sie wird sich gründen und verankern . . . in der Masse, im Sozialen, in der Gemeinwirtschaft . . . Die proletarische Organisationsform führt die Individuen zurück in das Gemeinsame, in das Soziale.“ (Schröder, a. a. O., S. 7, 8.)

²⁾ Vgl. den Artikel „Persönlichkeit und Föderalismus“. „Der Unionist“, 2. Jahrg., Nr. 24.

³⁾ . . . „the future functions of such councils will consist in the administration of the industries by the chosen representatives of the various industrial unions.“ (W. G. Trautmann, zit. bei Brissenden, a. a. O., S. 163.)

⁴⁾ „Dies Streben nach völliger Selbstverwaltung der einzelnen Wirtschaftsbezirke geht heute schon so weit, daß z. B. in Deutschland auf der letzten Reichskonferenz der A. A. U. (12.—14. Juni 1921) die Frage, ob die Beschlüsse der R. K. auch für die einzelnen Wirtschaftsgruppen unter allen Umständen bindend zu sein hätten, im Vordergrund der Gesamtkonferenz stand.“

⁵⁾ Schröder, a. a. O., S. 9.

politischen Funktionen vorzunehmen: Den Produzentenorganisationen, die sich aus den umgeformten Gewerkschaften entwickeln werden, sollen nur diejenigen Arbeiten zufallen, die sich unmittelbar aus dem Produktionsprozeß, seiner Kontrolle und Verwaltung ergeben, den parallel mit ihnen laufenden Konsumentenorganisationen solche Aufgaben, die ihr besonderes Interessengebiet berühren. Diejenigen Funktionen, die sich auf alle Glieder der Gesellschaft gleichermaßen erstrecken, — die der Erziehung, Verteidigung, Gesetzgebung und Rechtsprechung u. dgl. — sind von einer besonderen Körperschaft („joint body representing all the functional bodies“), deren Willen sich alle zu unterwerfen haben, auszuüben — heiße sie nun Staat¹⁾, Guild Congress oder sonstwie.

Doch dieses berührt bereits die Frage nach dem Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten bei den Unionisten, ein Punkt, in dem am besten ihre grundsätzlich neue Auffassung von „Staat und Wirtschaft“, ihre gegensätzliche Einstellung zu den Gildensozialisten, aber auch zu den Syndikalisten zum Ausdruck kommt. Auch die Syndikalisten erstreben ein gewerkschaftliches Räte-system, in dem die Produktion und die Verteilung der Güter von dem im Produktionsprozeß Tätigen ausgeführt wird²⁾. Aber in diesem Räte-system laufen doch zwei Organisationen nebeneinander her: die einzelnen lokalen zur Landesföderation zusammengeschlossenen Arbeiterbörsen, deren Aufgabe es ist, den Konsum zu organisieren, und die auf Grundlage der Gewerkschaften aufgebauten Industrieverbände, deren Aufgabe es ist, die Organisation der Produktion in die Hand zu nehmen. Den Unionisten machen sie gerade zum Vorwurf, daß diese den „Konsumentenstandpunkt“ in ihrer Rätegesellschaft nicht genügend berücksichtigen³⁾. Eine doppelte Organisationsform schwebt offenbar, wie schon mehrfach angedeutet, auch den Gildensozialisten vor, die allerdings

¹⁾ „They (the workers) must realise that it is the State's business to distribute wealth and to arrange services, to provide for the well-being of the whole, and to afford every individual full means of self-expression.“ (Cole, World of Labor, a. a. O., S. 412.) Demgegenüber ist es auffallend, daß Cole in seiner jüngsten Schrift über den Gildensozialismus (Guild Socialism. Fabian Tract, 192. London 1920) das Wort „State“ überhaupt nicht mehr verwendet und statt dessen von „society“ oder „community“ spricht.

²⁾ „Die Syndikalisten sind Anhänger des reinen Rätegedankens, aufgebaut auf den sozial-revolutionären Gewerkschaften.“ („Der Syndikalist“, Jahrg. 1919, Nr. 6.)

³⁾ „Aber das gesellschaftliche Leben kennt noch andere Dinge als die Organisation der Betriebe: Wer soll z. B. den Konsum organisieren? . . . Für diese

den Konsumenten eine noch selbständigere Stellung einräumen¹⁾.

Demgegenüber vertreten die Unionisten am reinsten den „Produzentenstandpunkt“; sie kennen nur eine einzige Organisationsform: die Industrial Unions, deren Aufgabe es ist: „to function as units of production, distribution and administration in the new society“²⁾. Allerdings die einzelnen Betriebsorganisationen (die Betr.-Org., Shops oder Jobs), haben sich prinzipiell nur mit der Organisation und der Leitung des Produktionsprozesses zu befassen, aber den aus ihnen hervorgehenden größeren Wirtschaftskörpern fällt die Aufgabe zu, auch die Interessen der Konsumenten zu berücksichtigen. Sie haben den Absatz und Austausch der Waren, Verteilung und Verwendung des erzielten Gewinnes zu regeln und mit den übrigen Wirtschaftsbezirken zwecks gemeinsamer Regelung in Verbindung zu treten. Sie haben gewissermaßen gleichzeitig als Produktiv- und Konsumgenossenschaften zu fungieren. Dieser hohen Aufgabe können sie aber nur dann gerecht werden, wenn sie sich ständig bewußt bleiben, daß sie nicht ihre eigenen Sonderinteressen, sondern die der Gesamtheit zu vertreten haben³⁾. Daß dieser Idealzustand, die dafür notwendigen psychologischen Voraussetzungen aber erreicht werden können, davon sind die Unionisten fest überzeugt. Denn die wesentlichste Voraussetzung ist zunächst einmal dadurch erfüllt, daß die gleichen ökonomischen Bedingungen, unter denen in der neuen Rätegesellschaft alle arbeiten werden, auch bei allen ihren Mitgliedern dieselben gemeinsamen Ideologien auslösen werden⁴⁾. Erleichternd kommt ferner noch hinzu, daß ständig

Arbeit sind reine Betriebsorganisationen nicht geeignet und mich dünkt, daß die syndikalistische Organisation mit ihren Arbeiterbörsen und Industrieverbänden in jeder Beziehung superior ist.“ (Rocker, a. a. O., S. 14, 15.)

¹⁾ „When the Guild Socialists demand 'democracy in industry', they demand that the State shall be analysed into its component factors; the producers organised as producers, the consumers as consumers, are integral parts of the whole.“ (Brown, a. a. O., S. 163.)

²⁾ Woodruff, The Advancing Proletariat, a. a. O., S. 25.

³⁾ „This form of organization precludes the idea of the workers in one industry, owning and operating that industry for themselves'. That proposal is found to be impossible of realization in view of the social character of production.“ (Derselbe, The Evolution, a. a. O., S. 41.)

⁴⁾ „... among a people living on the same plane of material interest and subjected to the same economic influences, there must arise such a similarity of psychology, such a singleness of viewpoint and unity of purpose, that the moral and religious lives of the people would all rise to the same high and noble standard.“ (Derselbe, The Advancing Proletariat, a. a. O., S. 20.)

neue „Industriegruppen“ in diese Organisation eintreten werden, die in den Körperschaften (Industrial Councils, Bez.-Wirtsch.-Rat) ihre Vertretung finden werden und dort ihren Einfluß ausüben können. Wirtschaftler, Künstler, Techniker und Erzieher werden sich auf diese Weise organisieren und ihre Kräfte und Kenntnisse der Gesamtheit zur Verfügung stellen¹⁾. Ja, es wird sogar eine eigene „Industrie für öffentliches Gesundheitswesen“ geben²⁾. Auf diese Weise wird der Begriff der im Produktionsprozeß tätigen „Arbeiterklasse“ immer mehr erweitert, werden die „Nur-Konsumenten“ in der kommunistischen Gesellschaft mehr und mehr verschwinden. Schließlich werden sich auch durch ständig weitere Ausbreitung solcher Wirtschaftsbezirke über die ganze Welt — denn diese neue Gesellschaftsverfassung ist ja an keine nationalen Grenzen gebunden — und durch die Erziehung der Massen zum „Sozialen“ auch die letzten Schwierigkeiten, die sich offenbar aus einer gewissen Monopolstellung bestimmter Wirtschaftsbezirke ergeben und von den Unionisten keineswegs geleugnet werden, allmählich überwinden lassen³⁾.

Mannigfach sind die Folgerungen, die sich nun nach der Ansicht der Unionisten aus einer solchen Rätegesellschaft für das innere Gefüge der Gesellschaft und für den Geist, der unter den einzelnen Gesellschaftsgliedern lebendig ist, ergeben. Zunächst glauben sie, daß erst in einer solchen Gesellschaftsordnung die wahre Demokratie, die sie alle als oberstes Ziel erstreben, die wirtschaftliche Demokratie voll und ganz zur Entfaltung kommen kann. Die bisherige bürgerliche Demokratie ist, da sie nur auf politischem Gebiete zur Auswirkung gelangt, durchaus nur als

¹⁾ „The ideals of the I. W. W. are not ideals of mob government. To scientists and technicians will go the problems of chemistry and management, to be worked out in co-operation with all the labor elements involved . . . All will be organized according to their industry and entitled to representation in the industrial republic . . .“ (Ebert, a. a. O., S. 104.)

²⁾ „... the enforcement of the moral code would be a function of the Industry of Public Health and Sanitation.“ (Woodruff, The Advancing Proletariat, a. a. O., S. 20.)

³⁾ „(Die neue Organisation) wird fortschreitend prinzipiell gegründet sein und sich zu gründen haben einmal auf die Gemeinwirtschaft, jene Gemeinwirtschaft, die . . . immer erneut sich einrichtet nach Wirtschaftsbezirken, die jeweilig die letzten Möglichkeiten gleichmäßiger Bedürfnisbefriedigung erschöpfen. Sie wird sich weiter zu gründen haben auf das immer stärker werdende, mit dem Wirtschaftsprozeß untrennbar geeinte bewußte Wollen sozialen Lebens.“ (Schröder, a. a. O., S. 11.)

„Scheindemokratie“ anzusprechen, bei der unter der Maske des gleichen Wahlrechts und Teilnahme an den Parlamenten die größte Ungleichheit zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern bestehen bleibt. Durch politische und wirtschaftliche Mittel hat das Kapital es verstanden, das Proletariat mehr denn je zu unterdrücken. Diesen Zustand hat keiner besser erkannt als das Bürgertum selbst, das gerade um die „Illusion der Demokratie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform bei den unterdrückten Klassen aufrechtzuerhalten“¹⁾ nach Mitteln wie Betätigung der Arbeiter an der Wirtschaftsführung durch Betriebsräte (Whitley-councils), Arbeitsgemeinschaften u. dgl. greift. Da dieses nur eine Verschleierung der tatsächlichen Gegensätze bedeutet, lehnen die Unionisten aller Länder diese Mittel zur Erreichung der Industrial Democracy von vornherein ab²⁾. Für sie gilt es zunächst einmal das, was auf politischem Gebiete in allen Staaten längst erreicht ist — die volle Gleichberechtigung aller Bürger — auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlangen³⁾.

Demgegenüber erkennen die Unionisten ohne weiteres an, daß im russischen Rätssystem die wirtschaftliche Demokratie ihrer Verwirklichung bereits einen wesentlichen Schritt näher gekommen ist, da in ihr nach Aufhebung des Privateigentums ein erheblicher Teil der Werktätigen bereits unmittelbare Anteilnahme an der Kontrolle und Verwaltung der Produktion und des öffentlichen Lebens haben. Nur insofern ist indessen nach ihrer Ansicht auch in diesem System noch nicht die vollkommene wirtschaftliche Demokratie erreicht, als die Wahlen zu den russischen Räten nur auf eine bestimmte Schicht der Arbeiterschaft beschränkt bleiben und noch teils nach Betrieben, teils nach Gemeinden abgestimmt wird. Die Unionisten wollen dagegen alle „Arbeiter“ zu den Wahlen heranziehen; daher ihr Versuch, den Begriff der Arbeiterklasse möglichst weit zu ziehen und ein einheitliches, auf

¹⁾ „Der Proletarier“, Jahrg. 1, Heft 5, S. 12.

²⁾ Zur Stellungnahme der engl. Gildensozialisten und rev. Gewerkschaftler zu den „Whitley-Reports“ vgl. Margaret O. Cole, a. a. O., S. 358. — Zur Stellungnahme der I. W. W. zu den „agreements“ etc. vgl. Preamble, a. a. O., Art. III, sec. 5. — Zur Stellungnahme der A. A. U. zu den Betriebsräten u. dgl. vgl.: Programm der A. A. U., Art. 6.

³⁾ „The Wobblies would have „capitalism“ (the monarchic or oligarchic control of industry) supplanted by economic democracy just as political despotism has been supplanted by political democracy in nearly all civilized states“ (Brissenden, a. a. O., Preface S. 13).

der Grundlage der Betriebsorganisation aufgebautes Wahlverfahren einzuführen, um eine möglichst enge, auf gemeinsamer Arbeit beruhende Verbindung zwischen Wählern und Gewählten zu schaffen. Denn nur dann ist nach ihrer Meinung die wirtschaftliche Demokratie gewährleistet, wenn jedem einzelnen „Arbeiter“ die Möglichkeit gegeben ist, in seinem Betriebe den Produktionsprozeß, für den er verantwortlich ist, auch zu kontrollieren¹⁾ und in dem größeren Wirtschaftsbezirk, zu dem er gehört, auf Grund des ihm zu teil werdenden Vertrauens an der gesamten Verwaltung teilzuhaben. Deswegen legen sie ein solches Gewicht auf die zweckmäßige Ausgestaltung des Wahlverfahrens, die Heranziehung eines jeden einzelnen Arbeiters zu den allgemeinen Aufgaben²⁾, die Möglichkeit seiner sofortigen Abberufung bei mangelndem Vertrauen und mangelnder Geeignetheit.

Aus dem Gedanken der Einheit von Produzenten und Konsumenten ergeben sich aber noch eine Reihe anderer wichtiger Forderungen, welche die Unionisten selbst allerdings nur selten bewußt ziehen, die aber doch — mehr gefühlsmäßig erschaut als erkenntnismäßig erfaßt — in ihren Schriften immer wieder zum Durchbruch kommen. Es ist das Streben, die „Gemeinschaft“³⁾ wiederherzustellen, jenes dauernde und echte Zusammenleben der Menschen, das auf natürlich gewordenem Willen beruht und in dem die einzelnen in gemeinsamer Arbeit am gemeinsamen Besitz sich als Glieder eines organischen Ganzen aufs engste miteinander verbunden fühlen, das man bei den Unionisten wiederzufinden glaubt.

¹⁾ „The most important item in the affirmative part of the I. W. W. program is this demand that some of our democracy . . . be extended from political into economic life. They ask that industry be democratized by giving the workers — all grades of workers — exclusive control in its management.“ (Brissenden, a. a. O., Preface S. 12f.)

²⁾ „If we have a social right to happiness, we have also a social duty to create happiness. And that happiness which we create for ourselves is of greater value than the happiness which may be created for us by some omnipotent Cæsar.“ (Brown, a. a. O., S. 163.)

³⁾ Die Begriffe „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ sollen im folgenden im Sinne von Ferdinand Tönnies (Gemeinschaft und Gesellschaft, Berlin 1920, 3. Aufl.) gebraucht werden. „Gemeinschaft ist das dauernde und echte Zusammenleben, Gesellschaft nur ein vorübergehendes und scheinbares.“ (a. a. O., S. 4). Es ist natürlich in diesem Zusammenhang gleichgültig, ob die Unionisten diese Begriffe in dem angedeuteten Sinne anwenden; im allgemeinen finden sich bei ihnen society und community, Gesellschaft und Gemeinschaft nebeneinander. Wesentlich ist nur, daß diejenigen menschlichen Organisationsformen, die ihnen jeweils vorschweben, sich unter dieses Begriffspaar subsumieren lassen.

Sie sind davon überzeugt, daß im Laufe der Geschichte der Menschheit die verschiedenen Formen der „Gemeinschaft“ mehr und mehr verblaßt und an deren Stelle die der „Gesellschaft“ getreten sind, jener ihrem Wesen nach aus einem zwecksetzenden Willen entstandenen künstlichen Einheit der Menschen. In der gegenwärtigen bürgerlichen Tauschgesellschaft tritt ihnen die „Gesellschaft“ besonders kraß entgegen, aber ihre höchste Vollendungsform wird sie nach ihrer Meinung erst in jener sozialistischen Gesellschaftsform erhalten, welche die Marxisten erstreben. Erst hier, nach „Vergesellschaftung“ der gesamten Produktionsmittel, werden die einzelnen äußerlich zwar durch die gemeinsame Zwecksetzung der höchstmöglichen Steigerung der Produktivität der Wirtschaft miteinander verbunden sein, innerlich aber würde sich dadurch, daß Staat und Gesellschaft eins geworden sind, in dem Verhältnis der Menschen zueinander nur wenig ändern. Der tiefer liegende Gegensatz der gesellschaftlichen Klassen wird in einer solchen nach „staatskapitalistischen“ Grundsätzen geleiteten Produktion keineswegs aufgehoben. Das Höchste, was erreicht werden kann, ist, daß das Prinzip der Verteilung der Güter nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt; irgendeine gemeinsame Anteilnahme in organischer Weise durch ihren Willen miteinander verbundener Menschen am Produktionsprozeß kommt nicht in Frage. Daß sich nun aber auch die Entwicklung unbedingt in der von den Marxisten erwarteten Richtung vollziehen müsse, bestreiten die Unionisten aufs entschiedenste. Aus eigener Kraft wollen sie ihr neue Wege und Ziele weisen, die verloren gegangene Gemeinschaft im Rahmen der alten Gesellschaft wiederherstellen. Hierbei sind sie sich durchaus bewußt, nur diese in einer Form wieder aufbauen zu können, die den veränderten ökonomischen Verhältnissen entspricht. War die Familie die natürliche Grundlage der alten „Gemeinschaft“, so mußte sie ihren ursprünglichen Sinn durch die Entwicklung zur Großstadt („die Großstadt ist typisch für die Gesellschaft schlechthin“)¹⁾ je länger desto mehr verlieren. Das Familienleben geriet in der Großstadt mit seinen neuen Erwerbsmöglichkeiten mehr und mehr in Verfall, die räumlich physische Verbundenheit der Menschen durch gemeinsamen Besitz von Grund und Boden ging verloren. Hier gilt es neue Grundlagen zu finden. An Stelle der ursprünglichen Bluts-

¹⁾ Tönnies, a. a. O., S. 203.

verwandtschaft ist heute bereits das gemeinsam ererbte Los der Arbeitermassen der Großstadt, an Stelle des gemeinsamen Besitzes der Dorfgemeinde die Werkstattgemeinschaft des Großbetriebes getreten. An diese Tatsache wollen nun die Unionisten anknüpfen. In den Betrieben und den entsprechenden höheren Organisationen glauben sie alle die Voraussetzungen erfüllt zu sehen, welche notwendig sind, um das wahre Gemeinschaftsleben wieder zu erwecken und zu neuen Formen der Gemeinschaft zu gelangen. Hier wird nicht nur ein von außen herangetrager Wille zur Verwirklichung bestimmter Zwecke herrschen, sondern aus diesen Gemeinschaften selbst wird ihr „Wesenwille“ organisch herauswachsen als notwendiges Ergebnis und lebendige Gestaltungskraft ihrer eigenen Entwicklung unter den gegebenen Bedingungen. Erst in diesen Gemeinschaften werden die Klassegegensätze ganz verschwinden, das „Streben des menschlichen Geistes nach Freiheit“ voll zur Entfaltung kommen, wird die Arbeit wieder ihren hohen Adel erhalten¹⁾. Denn nicht um Erwerb und eigenen Vorteils willen durch bloß wiederholten Tausch, sondern zur Schaffung neuer Werte für notwendige Bedürfnisbefriedigung wird nun jeder seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Wenn gemeinschaftliches Leben gegenseitigen Besitz und Genuß gemeinsamer Güter bedeutet, dann kann erst auf dieser Stufe der Entwicklung die „Tauschwirtschaft“ durch die „planmäßige Bedürfniswirtschaft“ ersetzt werden. Diese Wirtschaftsgemeinschaften werden nun keineswegs an nationalen Grenzen Halt machen. Je mehr die gegenwärtige Tauschgesellschaft die Fesseln des nationalen Staates sprengt und als Weltverkehrsgesellschaft in Erscheinung tritt, um so leichter wird es nach völliger Aufhebung der „Warenproduktion“ gelingen, die sich neubildenden Gemeinschaften über die ganze Erde auf neuer sozialer Grundlage und im neuen Geiste auszubreiten. Aus dem „Weltwirtschaftssyndikat“ wird schließlich als „Negation der Negation“ die Weltgemeinschaft auf Grundlage der neuen Gruppenorganisation entstehen²⁾.

¹⁾ „Die kommunistische Gesellschaft beruht auf dem Produktionssystem der Gemein- und Bedürfniswirtschaft.“ (Programm der Allg. Arb. Union).

²⁾ „...the evolution of society has been such that we must create these larger units, superseding the State by the World-State, nationality by internationalism. At the same time as we are making these enormous groups, we are calling more and more upon the name of democracy and welcoming it as the hope of the world . . . Democracy, then, would seem to cry out for small units, while the world's necessity demands larger ones.“ (Brown, a. a. O., S. 169.)

Aus der Tatsache, daß diese neuen Wirtschaftsgruppen zugleich Produktiv- und Konsumgenossenschaften sein sollen, ergibt sich bei den Unionisten neben der Idee der Gemeinschaft auch gleichzeitig eine Neuerweckung des Genossenschaftsgedankens¹⁾. Es ist auffallend, wie oft in allen ihren Schriften von Genossenschaftsgeist, Genossenschaftsbewußtsein, genossenschaftlichem Zusammenschluß gesprochen wird²⁾.

Liegen in der Idee des Räteystems an und für sich schon zweifellos die Vorbedingungen für eine genossenschaftliche Ordnung³⁾, so in der Rätegesellschaft wie sie den Unionisten vorschwebt, noch ganz besonders. Denn erst in diesen Wirtschaftsgemeinschaften wird der genossenschaftliche Grundgedanke der vollen Selbstbeteiligung aller unmittelbar Arbeitenden an Herstellung und Verbrauch der Güter und der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung der Genossenschaften, der immer wieder unter den verschiedensten genossenschaftlichen Organisationen erstrebt wurde, nach Meinung der Unionisten voll zur Entfaltung kommen, während er in den heute bestehenden Genossenschaftsformen entweder überhaupt kaum mehr in Erscheinung tritt, wie bei den Konsumgenossenschaften, oder wo er, wie bei den Produktivgenossenschaften vorhanden ist, in einer Form sich durchzusetzen versucht, die den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen in keiner Weise entspricht. Demgegenüber ist es nach unionistischer Ansicht das Neue ihrer „Genossenschaft“, daß sie dieses Prinzip unter einer Genossenschaftsform zur Durchführung bringen würde, die den gegebenen „gesellschaftlichen“ kapitalistischen Lebensbedingungen voll und ganz entsprechen würde. Erst ihre Rätegesellschaft wird, wenn allgemein verbreitet, den genossenschaftlichen Aufbau der Wirtschaft gewährleisten; erst dann kann man von wirklicher Sozialisierung sprechen, die für die Unionisten letzten Endes nur eine Vergenossenschaftung der einzelnen Betriebe oder ganzer Unternehmungen bedeutet.

¹⁾ Auf den Zusammenhang zwischen „Gemeinschaft“ und „Genossenschaft“ weist auch Tönnies hin. Vgl. a. a. O., S. 167, S. 186 ff.

²⁾ „Co-operation is the cure for both decentralization and centralization... co-operation on a big industrial scale instead of on a petty group scale. Co-operation between job delegates, shops, branches, industrial unions, the One Big Union administration and the workers' organizations the world over. This is the development of the industrial democracy in opposition to capitalist autocracy.“ (Ebert, a. a. O., S. 63.)

³⁾ Vgl. Harald v. Hörschelmann, Person und Gemeinschaft. Die Grundprobleme des Bolschewismus. (Jena 1919, S. 26.)

Dieses genossenschaftliche Prinzip soll aber nicht erst in der zukünftigen unionistischen Rätegesellschaft zur Verwirklichung gelangen; die ganze gegenwärtige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung kann von diesem Gesichtspunkt aus als ein Versuch betrachtet werden, den in den alten Gewerkschaften verlorengegangenen genossenschaftlichen Geist in den revolutionären Gewerkschaftsorganisationen wiederherzustellen¹⁾. Sind doch die revolutionären Gewerkschaften in erster Linie immer wieder als Reaktionserscheinung gegen die bestehenden Gewerkschaften anzusehen. Bei diesen zeigte sich aber, je länger desto mehr die Tendenz, den genossenschaftlichen Geist, der anfangs eine wesentliche Wurzel der Gewerkschaftsbewegung und ein wesentlicher Auftrieb der Gewerkschaftspolitik gewesen war und der Gewerkschaftspolitik ihren Stempel aufdrückte, zugunsten einer Kartellpolitik aufzugeben, „die mit dem Gegebenen rechnet und das Erreichbare erstrebt. Das Gegebene ist die herrschende Wirtschaftsordnung, das Erreichbare sind hohe Löhne und starker Einfluß. Das Genossenschaftliche tritt zurück“²⁾. Diese fast rein kartellmäßige Einstellung der alten Gewerkschaften bekämpfen nun die Unionisten, besonders die amerikanischen und deutschen, aufs heftigste. Ihre ganze gewerkschaftliche Taktik (freiwillige Solidaritätsbeiträge, ehrenamtliche Verwaltungstätigkeit der einzelnen Mitglieder, weitgehendstes Mitbestimmungsrecht der einzelnen in allen gewerkschaftspolitischen Fragen u. dgl.) und ihre Organisationsform zielt darauf hin, wieder in kleinen Verbänden, in den engsten und natürlichsten Arbeitsgemeinschaften, den Betriebs- und Wirtschaftsgruppen, jenen Genossenschafts- und Gemeinschaftsgeist auszubilden, der allein die Bewegung zu einer lebendigen, vorwärtstreibenden machen kann. Auch hier erkennt man wieder das Streben der Unionisten, irgendwie eine Synthese herzustellen zwischen der auf der einen Seite notwendigen Umgestaltung der Gewerkschaften zu großen „Industrieverbänden“ und dem Willen der revolutionären Gewerkschaftler, ihre Organisationen trotzdem im Inneren auf genossenschaftlicher Grundlage aufzubauen und wieder mit genossenschaftlichem Geist zu erfüllen.

¹⁾ Vgl. zum folgenden: G. Briefs, Zur Kritik der klassischen Gewerkschaftstheorie. „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“, Jahrg. XXIX, Nr. 64, S. 1529 ff.

²⁾ Ebenda, S. 1531.